

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabe Str. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 51

Berlin, den 21. Dezember 1929

4. Jahrgang

Heilige Nacht der Armen.

Es liefen drei arme Gesellen umher
Und froren auf nächtigen Wegen,
Das Herz von den zehrenden Sorgen leer,
Und es war von den dreien schon lange

nicht mehr
Ein einziger schlafend gelegen.
So fügt es sich manchmal in heiliger Nacht,
Wenn die Glocken die Mette verkünden,
Daß sich Menschen verträmt und in furcht-
samer Acht
Auf den bettelnden Straßen verbünden.

Wenn ein Windhauch scharf um die Ecke stieß,
Dann gab es ein Klappern und Grauen,
Weil die Kälte den Hunger nicht rasten ließ,
Und unter dem knarrenden Turmkreuz blies
Musik, um die Not zu erbauen.
Es klangen dort oben in eifernder Wacht
Crompete, Schalmel, Klarinette.
Das sang mit den Glocken der heiligen Nacht
Verklärt und verzückt um die Mette.

Und die unten liefen, das waren noch mehr.
Viel Menschen sind trauernd gegangen.
Der Weg durch die Nacht war von Glücklichen
leer,

Und das wandernde Elend ist immer schwer
Von Nebeln und Flegeln verhangen.
Sie haben kein Lied auf den Lippen gehabt,
Als sie stierend kein Obdach fanden,
Und so scheu sind auch Esel und Ochsen
getraut,
Eh sie rastend die Krippe umstanden.

Es waren auch Vater und Mutter dabei
Und das Leben, das Atem beehrte,
Und das sorgliche Jagen der Polizei
Und der harte Sinn und die Heuchelei,
Die den Armen das Gastrecht verwehrte.
Wo Menschen um Frieden und Freude gebracht
Mit den schreckhaften Schatten gehen,
Ist immer das Leid einer heiligen Nacht
In leise verzuckenden Wehen.

Wir müssen in Nächten Gefährten sein,
Die wir tags in der Werkstatt froren,
Der Arme steht für die Armen ein,
Wo Menschen des Mitleids im Sternenschein
Der verkrochenen Nächte wohnen.
Was arm in Gebrechen und dulddend und
schwach,
Müß' hilflos und kläglich verkommen,
Wär' nicht das Feuer der Liebe wach,
Das im Feld bei den Hirten entglommen.

Wer hungernd und zitternd im Dunkel froh,
Der lerne der Weihnacht frohlocken:
Gemeinschaft ist Weg zum lebendigen Tor,
Und die Freiheit stimmt reiner den Mitter-
nachtschor
Und Choräle und Orgeln und Glocken.
Es irren viel Schritte, von Menschen verachtet,
Wo die Straßen in Dornen münden,
Wir aber wollen in heiliger Nacht
Die Lichter des Weltalls entzünden.

Franz Rothenfelder.

Unternehmer-Weihnachtsgeschenk für die Arbeiterschaft.

An den Weihnachtstagen klingen wieder Glocken, die die Menschen zur innerlichen Einsicht mahnen und von den Kanzeln werden die christlichen Kirchendiener wieder die bekannten Worte „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ ertönen lassen. Gewiß, die Mahnung ist notwendig. Aber kehren sich denn die daran, die Christen sein wollen und die Reichen, die den Kirchen Rückhalt geben? Betrachten wir zum Beispiel das Tun und Handeln unserer Besitzenden. Nichten sich die nach den wunderbar menschlichen Regeln des biblischen Glaubens? — Nein!

Nichten sich die Unternehmer nach den Lehren Christi und besonders nach den weihnachtlichen Worten? — Wir haben noch nichts davon gemerkt. Im vorigen Jahr kurz vor Weihnachten sperren doch die Eisenindustriellen von der Nordwestküste Deutschlands 200 000 Arbeiter aus. Damit war den Menschen wahrlich kein Wohlgefallen getan. Und dieses Jahr kündete das Unternehmerium, die Gewerkschaften und bürgerlichen Parteien — die doch auch christlich sein wollen — einen großen Aufbruch auf die Tischen und das knappe Stück Brot der Arbeiter und Angestellten an. Einen erbitterten Kampf führten sie für den Mamon und für den Besitz, Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen kennen sie dabei nicht. Die Wirklichkeit sieht also ganz anders aus, als sie die Kirchen verkünden lassen. Das müssen besonders die Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen.

Die Besitzenden jagen freilich nicht offen, daß es ihnen um mehr Geld, mehr Wertpapiere und Sachwerte geht, sie umschreiben ihr persönliches Verlangen und tun so, als hätten sie die deutsche Wirtschaft zu retten mit Kapitalbildung und anderen Dingen. Sie sind sich einig, das Bank-, das Industrie- und das Handelskapital in ihrem Bestreben, das Volk zu schröpfen, um sich zu bereichern. Wie diese Stellung nach dem Programm z. B. des Reichsverbandes der Industriellen, dessen Forderungen wir in der vorigen Nummer behandelten, aussehen soll, zeigt ein Statistiker im „Vorwärts“ auf. Er berechne die verlangte Kapitalbildung nach den Vorschlägen der Industriellen mit 7705 Millionen Reichsmark. Einzelne sehen die Posten so aus: Erparnis am Sozialabgaben 625 Millionen, Erparnis an Löhnen etwa 2000 Millionen, Aufhebung der Industrieobligationen 350 Millionen, Fortfall der Gewerbesteuer 900 Millionen, Ermäßigung der Grundvermögenssteuer 500 Millionen, Herabsetzung der Einkommensteuer in den mittleren und hohen Stufen und Fortfall der Kapitalertragsteuer 930 Millionen, Herabsetzung der Körperschaftsteuer 300 Millionen, Abbau der Hauszinssteuer 100 Millionen, Herabsetzung der Umsatzsteuer 500 Millionen, Herabsetzung der Grunderwerbsteuer und Fortfall der Wertzuwachssteuer 100 Millionen. Wenn man bedenkt, daß das Reich im Jahre 1929 rund 15 Milliarden Reichsmark Einnahmen notwendig brauchte, so kann man ersehen, daß die Kapitalisten wünschen, daß ihnen mehr als die Hälfte dieses Reichseinkommens in den kommenden Jahren als Opfer dargebracht wird. Da jedoch das Reich, die Länder und Gemeinden dringend Geld brauchen, müßten die notwendigen Mittel anderweitig von den Besitzlosen — sonst ist ja weiter niemand da — aufgebracht werden.

So sieht also die Wirklichkeit aus. Darum führen das Unternehmerium und alle seine Trabanten einen erbitterten Kampf. Besitz, Reichtum ist die Lösung der Kapitalistenklasse,

mag auch das arbeitende Volk dabei im Elend und in der Not verkommen.

Es geht in diesem Zusammenhang auch noch um etwas anderes mit. Länder und Gemeinden brauchen Geld. Sie könnten es vom Ausland bekommen. Die Veratungsstelle für die Begutachtung von Auslandsanleihen läßt jedoch nur wenig Geld vom Auslande für Gemeinden herzu und der Reichsbankpräsident Schacht ist erst recht ein Gegner, deshalb wird den Gemeinden empfohlen, diese möchten, wenn sie Geld haben wollen, den Kapitalisten Aktien oder ihre verbenden Betriebe verkaufen, dadurch kämen sie zu Geld. Der Wintergedanke ist: Auf diese Weise werden die Gemeinden und die Länder erst durch die Maßnahmen der Kapitalisten in Verdrängnis gebracht, zum Verkauf ihrer Werke gezwungen, dann kommen die privaten Käufer in den Besitz des Gemeindegüter. Daran kann sich sogar das Ausland beteiligen. Deutschlands Gemeindegüter soll ausverkauft werden. Man sieht, die Kapitalisten gehen auf Ganze, sie kennen keine Strupel im Geschäftemachen. Den Menschen ein Wohlgefallen zu bereiten, liegt weit von ihnen.

Ihre Bestrebungen hätten zur Folge, daß die wegfallenden Steuern in anderer Weise ausgebracht werden müßten. Eine ungeheure Massenbelastung würde dadurch herbeigeführt. Der Lohnbruch müßte umfangreiche Wirtschaftskämpfe auslösen und eine Schwächung der Kaufkraft würde eintreten, die eine unübersehbare Wirtschaftstörung im Gefolge hätte. Die indirekte Besteuerung führte zu großen Preissteigerungen und zur Verteuerung der Lebensmittel und Verbrauchsartikel. Nun leidet gegenwärtig unsere Wirtschaft schon stark an dem Mangel an Kaufkraft; eine Lohnminderung, weitere Steuerbelastung und Lebensmittelerhöhung würde sie noch mehr schwächen, so daß man ruhig jagen kann, der Ruin der Wirtschaft wäre dann bald das Ende vom Lied. In ihrem blinden Eifer und ihrem Jagen nach Profit sehen das die Unternehmer nicht. Sie machen eben in Krise und Not gar nicht, wem gefährlichen Dienst sie damit der Wirtschaft leisten, wenn sie das Volkvertrauen untergraben.

Steht es denn wirklich so schlimm mit unserer Wirtschaft, daß sie die kapitalistischen Kreise auf eine so wahrwichtige Art glauben retten zu müssen? Sind die Gefahren für sie wirklich so katastrophal, wie die Unternehmer tun?

Im Geschäftsjahr 1928 und 1928/29 konnten von 5963 Unternehmungen mit 13,6 Milliarden Reichsmark Kapital 72,1 Proz. Dividende verteilen, 20,5 Proz. waren dazu nicht in der Lage und 7,4 Proz. arbeiteten mit Verlust. Die Durchschnittsdividende von diesem genannten Kapital betrug 8,8 Proz. und die erzielten Gewinne überhaupt 1228,9 Millionen Reichsmark, das sind 11,6 Proz. des ausgewiesenen Reingewinns. Dazu kommt, daß die Industrie, die Banken, der Handel und andere Zweige rationalisiert und Eigenkapital gebildet, sich also auf die Zukunft vorbereitet haben. Die Eisenindustrie, der Kohlenbergbau, die Zementindustrie und andere Industrien weisen pro Arbeitskraft höhere Leistungsziffern und auch sonstige wirtschaftliche Vorteile auf. Die Handelsbilanz ist schon mehrere Monate aktiv und auch andere Anzeichen deuten auf Gesundheit hin. Deshalb kann es unmöglich mit der deutschen Wirtschaft so schlimm stehen, wie es die Unternehmer und ihre Getreuen hinzustellen belieben und es wäre verkehrt, sich von ihnen einspinnen zu lassen und ihren

Jeremiaden Glauben zu schenken oder sie gar in ihrem Verlangen zu unterstützen. Wenn die kapitalistischen Kreise die deutsche Wirtschaft aus dem Dilemma herausbringen wollen, warum wenden sie denn nicht bei sich selbst die Rettungsmittel Sparsamkeit, Steuerzahlen und einwandfreie Geschäftsführung an? In Deutschland werden Vergnügungspaläste mit allem Komfort gebaut und auch sonst Gelder verpulvert, die besser in der Wirtschaft verwendet würden. Die Arbeiter haben kein Bedürfnis danach und kein Geld, um diese Vergnügungsorte zu besuchen. Die Reichen Deutschlands tragen alljährlich über 250 Millionen Reichsmark auf ihren Reisen in die Luxusbäder an die Riviera, in die Schweiz und außerhalb Deutschlands. Muß denn das sein, wenn gespart werden soll? Hunderte von Millionen Reichsmark werden von deutschen Besitzenden ins Ausland verbracht und dort angelegt, weil das Geld sicherer ist und nicht so hoch versteuert wird. Verträgt sich denn dieses Gebahren mit dem Patriotismus und dem Kirchenglauben, den diese Menschen stets zur Schau tragen? Warum unterbinden die deutschen Wirtschaftskreise diese Schiebungen nicht, sie hätten es doch in der Hand? Es gäbe noch eine Menge Spargelassenheiten wirtschaftlicher Art, warum gehen die kapitalistischen Kreise nicht mit gutem Beispiel voran? Sie versagen und verlangen von den Arbeitern, daß diese vorangehen sollen in der Rettung der Wirtschaft. Auf diese Weise geht es nicht, da macht die Arbeiterschaft nicht mit. Die deutsche Wirtschaft braucht nicht gerettet werden, die ist gesund, nur der Profit mag etwas geringer geworden sein, das ist jedoch noch lange keine Katastrophe für Volk und Wirtschaft. Wir müßten viel bringendere Aufgaben für die deutsche Wirtschaft als die Erhöhung der Profitrate.

Arbeiter und Arbeiterinnen, das Programm der kapitalistischen Kreise, soweit es bis jetzt zur Wirtschaftszettung bekannt wurde, darf unmöglich Wirklichkeit werden. Wenn sich die Arbeiterschaft einig ist, gelingt es ihren organisierten Mächten auch, die Besitzenden bei dem Angriff auf das Wohl und Wehe der arbeitenden Bevölkerung zurückzuschlagen. Aber geschlossen muß die Arbeiterschaft sein. Sie muß genau so zusammenhalten wie die Gegner mit ihren widerstreitenden Interessen. Das Weihnachtsgeschenk der arbeitenden Schichten muß sein: Die Unternehmerforderungen dürfen nicht Wirklichkeit werden. Wollen wir alles tun, um unser gewerkschaftliches Organisationswerk auszubauen und unüberwindlich zu machen; denn das ist die erste Vorbedingung für den aussichtsreichen Kampf mit dem Unternehmertum in diesen Tagen.

Hinweg mit jeglicher Harmoniedumerei im wirtschaftlichen Ringen, keine Schwächen aufkommen lassen, im Kampf mit dem so rücksichtslos handelnden Unternehmertum, das alle politischen Mittel anwendet, dem der Reichsbankpräsident Schacht beisteht, das eine Finanzdiktatur zu seinem Gunsten erzieht, das die kleinen Privatkapitalisten zugrunde richtet, das den reaktionären Terror zur Zermürbung der Arbeiterschaft züchtet, das mittels Korruption Willfährige gewinnt, das sich mit allen Gegnern der Arbeiterschaft verbündet und das sich einbildet, mit Geld alles kaufen zu können, darf es keine Rücksichten geben; denn wir kämpfen für den wirklichen Frieden auf Erden und für das Wohlergehen der Menschen.

Warnung der Gewerkschaften.

Zu einer Zeit, in der Deutschland um Wirtschaftsgeltung und Lebensraum kämpft, wird von Unternehmerorganisationen und politischen Verbänden eine Aktion unternommen, die einen neuen Schlag gegen den sozialen Staat und die Lebensinteressen der Arbeitnehmerschaft bedeutet. Die erwarteten Wirtschaftserleichterungen des Young-Plans dienen dem Reichsverband der Deutschen Industrie in Deutschland und Rundgebung zu einem Vorstoß, der abzielt auf den Abbau der Arbeitslosenversicherung, auf die Ausschöpfung der übrigen Sozialversicherung, die Einschränkung des Schlichtungswesens, die Drosselung der öffentlichen Wirtschaft, die Abmilderung der Steuerlasten des Kapitals auf die Arbeit.

Mit den Schlagworten „Sicherheit der Rentabilität“ und „Kapitalbildung“ wird von der vereinten sozialen Reaktion eine Kaufstimmung erzeugt, als wäre die deutsche Wirtschaft unter der jetzigen Steuer- und Sozialpolitik in eine Katastrophe hineingeführt worden. Der Aufstieg der Wirtschaft im letzten Jahrzehnt beweist aber, daß Sozialpolitik und Sozialversicherung den wirtschaftlichen Fortschritt nicht gehemmt, sondern geföhrt haben!

Die Gewerkschaften anerkennen selbstverständlich die Notwendigkeit ausreichender Kapitalbildung, sie bekämpfen aber jene Politik, die einseitig die wirtschaftliche und politische Macht des Unternehmertums stärkt und die Kapitalbildung in den Sperrklassen sowie bei den öffentlichen Körperlichkeiten hemmt.

Unter dem Schlagwort „Finanzreform“ wird einseitige Kapitalbildung geföhrt, die abermals eine Mehrbelastung der besitzlosen Volksmassen zur Folge haben muß. Eine solche Verschiebung in der Verteilung des Sozialproduktes zugunsten der besitzenden Klasse widerspricht nicht nur den Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft, sondern auch dem Wohle der deutschen Gesamtwirtschaft. Sie würde die Kaufkraft der breiten Volksmassen herabdrücken, den Binnenmarkt einengen, eine allgemeine Krise herbeiföhren und damit erst die Wirtschaft „ans Ende ihrer Kraft“ bringen.

Ausgangspunkt der Finanzreform muß die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen sein. In erster Linie ist der ständige Defizitbetrag, der das Reich in entwürdigende Abhängigkeit von den Banken gebracht hat, unbedingt zu beseitigen. In der Zukunft darf der Staat nicht „am Bande des Defizits“ stehen. Er muß die Mittel beschaffen, die der Gesellschaft durch den technischen Fortschritt auf sozialem und kulturellem Gebiete dauernd erwachsen.

Die unberufenen Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in Fragen der Regierungspolitik haben die bestehenden Schwierigkeiten noch verschärft. In wiederholten Wahlen hat er notwendige Anleihen der öffentlichen Wirtschaft hintertrieben und sich damit zum Schrittmacher des Privatkapitals im Kampfe gegen die öffentlichen Betriebe gemacht. Die Gewerkschaften fordern, daß mit der Finanzreform auch die Wiederholung derartiger Eingriffe unterbunden wird.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit erkennen die Gewerkschaften an, daß im Interesse der Arbeiterchaft auch den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen werden muß. Im Gegenzug zu einer solchen Verantwortlichkeit sprechen maßgebende Kreise des Unternehmertums gegenwärtig nicht blos zurück, eine unbegründete Krisenstimmung zu erzeugen, die geeignet ist, die Wirtschaft in erheblichem Umfang zu erschüttern.

Indem die Gewerkschaften eindringlich vor der Fortsetzung einer solchen gefährlichen Politik warnen, sehen sie sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine unsoziale Umverteilung der wirtschaftlichen Werten aus der Einkommensverteilung nicht vor sich gehen kann, ohne eine Ära neuer schwerer sozialer Kämpfe heranzuföhren.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ges. Graßmann

Allgemeiner freier Angestelltenbund
ges. Kuffhäuser

Was muß der Arbeitslose beachten, um sich vor Schaden zu bewahren.

Ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Leipzig vom 11. Juni 1929 — Arb. D. 82/28 — befragt:

„Eine Klage eines Arbeitnehmers auf Ersatz des Schadens, der ihm durch eine ungenügende oder unrichtige Arbeitsbescheinigung im Sinne des § 170 des A. B. G. erwachsen ist, ist an sich rechtlich möglich und zulässig. Sie wird jedoch dann als unbegründet angesehen werden müssen, wenn Ursache der Sperre der Arbeitslosenunterstützung durch das Arbeitsamt die falsche Auslegung des in der Arbeitsbescheinigung enthaltenen Entlassungsgrundes durch das Arbeitsamt ist.“

Im Hinblick auf die steigenden Zahlen der Arbeits- und Erwerbslosen ist es unbedingt notwendig, den Arbeitslosen die notwendige Aufklärung darüber zuteil werden zu lassen, wie sie sich bei der Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung zu verhalten haben.

Über nicht nur für den Arbeitslosen, sondern auch für den heute noch in Arbeit Stehenden ist es wichtig, zu erfahren, was er im Falle der Arbeitslosigkeit hauptsächlich zu beachten und zu tun hat.

Bei Verlust der Arbeitsstelle prüft der Betroffene seine Papiere, ob sie auch in Ordnung sind. Der Angabe des Entlassungsgrundes Identität der Arbeitslose sein Hauptaugenmerk und prüft genau die Entlassungsbescheinigung, die er auszuhandeln bekommen hat. Es entstehen, wenn die Arbeitsbescheinigung mangelhaft oder unvollständig ausgefüllt ist, eine Unmenge Schwierigkeiten, Ärger und Verdruß für den Arbeitslosen.

Dann begibt er sich schnellstens zum Arbeitsamt, denn für den Beginn der Arbeitslosenunterstützung ist der Meldetag maßgebend. Wer einen oder mehrere Tage verstreichen läßt, ohne sich zu melden, dem sind diese Tage unwiederbringlich verloren, denn sie werden vom Arbeitsamt nicht mitgerechnet. Bei der Meldung muß der Nachweis (Entlassungsbescheinigung und Zeugnis) einer versicherungspflichtigen Beschäftigung beigebracht werden. Außerdem muß noch die für das Arbeitsamt bestimmte Arbeitsbescheinigung, die der Arbeitgeber vom Arbeitsamt kostenlos erhält, und die auszufüllen der Arbeitgeber verpflichtet ist, beigebracht werden. Weigert sich der Arbeitgeber und entzieht dadurch dem Arbeitslosen Schaden, so ist auf Schadenersatz beim Arbeitsgericht zu klagen.

Der richtigen und genauen Ausfüllung der Arbeitsbescheinigung muß der Arbeitslose ganz besondere Beachtung schenken. (§ 170 A. B. G., und das zu Anfang des Artikels zitierte Urteil.) Diese Bescheinigung muß die genauen Angaben des Verdienstes während der letzten 26 Wochen, wenn kürzere Arbeitsdauer als 26 Wochen, für die dementsprechende Zeit enthalten. Ferner muß der Gesamtverdienst ohne Abzug, also der tatsächliche Verdienst, und nicht die ausgezahlte Summe angegeben sein. Die Höhe der Unterstützung wird nach dem wirklichen, reinen Bruttoverdienst berechnet, so daß der Arbeitslose durch die Angabe des Nettoverdienstes, da hierdurch evtl. die Einreichung in eine niedrigere Klasse erfolgt, Schaden erleiden würde. Deshalb Vorzicht bei der Angabe des Verdienstes, denn das ist sehr wichtig! War Kurzarbeit im Betriebe und mußte der Arbeitslose selbst Kurzarbeiten, dann muß die Dauer der Kurzarbeit und der entsprechende Verdienst angegeben werden. Durch die evtl. Kurzarbeit wird die Höhe der Arbeitslosenunterstützung nicht beeinträchtigt, da der Kurzarbeitsverdienst auf vollen Wochenlohn vom Arbeitsamt umgerechnet wird. Unbedingt notwendig ist aber die Angabe etwaiger Kurzarbeit, deshalb, da sie bei entsprechender Dauer die Wartegeld beeinflusst kann.

Die Ausführung des vom Arbeitsamt ausgehenden Formulars des Unterstützungsantrages muß den Tatsachen entsprechend gelassen. Wird unzulässige Beantwortung der Fragen durch den Antragsteller die Unterstützung zu hoch berechnet, so wird sich die Schuld beigemessen, und es wird es haftpflichtig gemacht. Ist das Antragsformular ordnungsgemäß ausgefüllt und die Arbeitsbescheinigung ebenfalls in Ordnung, so erhält der Arbeitslose vom Arbeitsamt die Stempelfarte. Besonderen Wert muß der Arbeitslose auf die Innehaltung der Kontrolle legen, denn jede veräumdete Kontrolle wird gemäß § 114 und § 173 A. B. G. mit Entziehung der Unterstützung für den betreffenden, oder gar für mehrere Tage geahndet.

Ueber den eingereichten Unterstützungsantrag entscheidet zunächst der Vorsitzende des Arbeitsamts (§ 173 A. B. G.). Gegen dessen vorläufige Entscheidung steht dem Arbeitslosen das Recht des Einspruchs beim Spruchauschuss des Arbeitsamts zu (§ 178 A. B. G.). Die Einspruchsfrist beträgt zwei Wochen, und beginnt mit der Bekanntgabe der Entscheidung. Der Einspruch bewirkt jedoch keinen Aufschub. In dem Spruchauschuss des Arbeitsamts entscheiden neben dem Vorsitzenden Vertreter der Arbeiterchaft und der Unternehmer. Bezüglich den Arbeitslosen auch diese Entscheidung noch nicht, so hat das Recht der Berufung an die Spruchkammer des Landesarbeitsamts (§ 180 A. B. G.), in welcher ebenso, wie in dem Spruchauschuss des Arbeitsamts, Vertreter der Arbeiterchaft und der Unternehmer mitwirken. Gemäß § 180 A. B. G. kann auch der Vorsitzende oder jeder bei der Entscheidung mitwirkende Mitglied Berufung einlegen. Gegen die Entscheidung der Spruchkammer kann der Arbeitslose sein Rechtsmittel mehr anwenden. Wohl aber kann die Spruchkammer selbst einen Fall von grundsätzlicher Bedeutung an den Spruchrat der Reichsanstalt zur Entscheidung weiterleiten.

Das A. B. G. läßt Vertretung des Arbeitslosen in § 181 Abs. 5 zu. Darauf weisen wir besonders hin und empfehlen dringend, daß bei Ablehnung eines Unterstützungsantrages durch den Vorsitzenden des Arbeitsamts der Arbeitslose seiner Gewerkschaft von diesem Falle Mitteilung macht und seine Sache von dem Gewerkschaftsvertreter vor dem Spruchauschuss vertreten läßt. Diese Vertretung ist ebenso notwendig und unentbehrlich, wie die Vertretung einer Klage vor dem Arbeitsgericht.

Diese Hauptmomente hat der Arbeitslose besonders zu beachten, wenn er sich vor Schaden bei der Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung bewahren will.

Deutscher Bauergewerksbund in Berlin.

Der Deutsche Bauergewerksbund, der bisher seinen Sitz in Hamburg hatte, ist nach Berlin verzoogen. In einem großen stattlichen Gebäude in der Friedrichstraße hat er sein Heim errichtet, das nach den neuesten Erfahrungen der Mikrotechnik eingerichtet wurde. In seiner Ansprache führte der Vorsitzende des Bauergewerksbundes, Kollege Verhaas, beim Einzug aus, daß die Erwerbung eines solchen Hauses vor einem Vierteljahrhundert wahrlich ein als ein Wagnis erschienen wäre. Heute wird ein solcher Wagnis auch von den meisten Mitgliefern als etwas Selbstverständliches angesehen. Die Überlegung nach Berlin sei für eine große Gewerkschaft nicht mehr zu machen. Die gemeinsame Arbeit mit den übrigen Gewerkschaften und des A. B. G., die Wahrnehmung der Interessen bei den Zentralen, Verwaltungsstellen und Regierungen, die Teilnahme mit den wirtschaftlichen Gegenorganisationen und vieles andere machen es notwendig, den Sitz nach Berlin zu verlegen. Aber auch nach ein anderes: den führenden Kollegen wird viel Zeit und Konzentration erspart, wenn sie nicht so viel auf der Fahrt liegen müssen. Auch für die Wohnraumbewohnung gilt der Satz: Zeit ist Geld. In rasendem Tempo müssen die Führer heute von Sitzung zu Sitzung, regelmäßig ihre tägliche Arbeitszeit aus einer Doppelschicht von 10 acht Stunden. So ist die Hoffnung berechtigt, die Verhandlung am Schluss seiner Rede anzusprechen: ... in diesem Hause werden wir, verbunden mit allen Gesinnungsgenossen im A. B. G. und in der sozialdemokratischen Partei, gute Arbeit leisten.

Sans Wilbrandt.

Kernprobleme der Agrarpolitik.

In einem früheren Aufsatz wurde versucht, in groben Zügen die Lage der Landwirtschaft in den letzten Jahren und in der Gegenwart zu schildern. Es wurde gezeigt, daß hauptsächlich infolge schlechter Führung der Landwirtschaft ein Teil der deutschen Landwirtschaft, und zwar vor allem östliche Großbetriebe, rettungslos dem Zusammenbruch entgegenreißt. Es darf hier nicht Aufgabe des Staates sein, Märkte zu halten zu wollen, vielmehr muß jede Hilfsaktion, wie beispielsweise die Dispreußenaktion des Reiches und Preußens, darauf abgestellt sein, nur gesunde Betriebe zu erhalten und alle kranken Betriebe durch Beschäftigung, Übernahme der Güter in Staatsbesitz oder Veräußerung einer neuen geordneten Produktion zu führen. Leider sind die nach dieser Richtung zielenden Bestrebungen der Dispreußenaktion vielfach durch die ausführenden Organe umgehoben und dadurch teilweise zu einer ausgesprochenen Subvention geworden.

Da nur wenige Prozent der Landwirtschaft so notleidend sind, das Hauptvermögen unternehmlich sind, ist es viel wichtiger, Maßnahmen zu treffen, um die übrige deutsche Landwirtschaft zu einer Gesundung und zum Aufblühen zu führen. Wenn wir uns wissen, daß die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft zu einem sehr großen Teil durch schlechte Wirtschaft und falsche Investitionen entstehen, so ist damit auch kein Weg zur Lösung der Agrarfrage angezeigelt. Von landwirtschaftlicher Seite werden in den Vordergrund der Betrachtungen und der Forderungen meist drei Probleme gestellt: 1. das Zinsproblem, 2. das Steuerproblem, 3. das Preisproblem.

Gegenwärtig dürfte die Landwirtschaft insgesamt ungefahr eine Milliarde Reichsmark jährlich an Zinsen zu bezahlen haben. Das erscheint viel, ist aber immerhin durchschnittlich pro Sektor nur 3 RM, also weniger als der Pachtzins für schlechtesten Boden. Nur übermäßig hochverschuldete Betriebe leiden daher stark unter den hohen Zinsen.

Genaugenommen wie auf dem Gebiete der Kreditpolitik kann der Landwirtschaft durch Steuererläß geholfen werden. Die deutsche Landwirtschaft dürfte gegenwärtig insgesamt jährlich höchstens 10 bis 20 Millionen Reichsmark Steuern bezahlen, das ist nicht viel mehr als 6 oder 7 Proz. des gesamten Steueraufkommens, obwohl der landwirtschaftliche Produktionswert ungefahr 20 Proz. der gesamten volkswirtschaftlichen Produktion, die landwirtschaftlichen Erwerbstätigen ungefahr 33 Proz. der Gesamtwerbstätigen ausmachen. Von allen Wirtschaftszweigen zählt die Landwirtschaft also weitaus am wenigsten Steuern.

Am meisten erwartet die Landwirtschaft für die Verbesserung ihrer Lage durch Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugnispreise. Es ist nicht zu leugnen, daß für einen Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse infolge starker Produktionssteigerungen in überreichen Ländern die Preise zusehends angesetzt sind; vor allem gilt dies für Getreide. Für andere Erzeugnisse, wie Zuckerrüben, Butter, Eier, zurzeit auch Schweine, sind die Preise jedoch recht günstig zu nennen. Im Durchschnitt sind die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse um ungefahr 130 Proz. des Vorkriegsniveaus gestiegen. Gegenüber der Steigerung der sonstigen Lebenshaltungskosten, die auf durchschnittlich 155 Proz. der Vorkriegshöhe stehen, sind also die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zurückgeblieben. Völlig unberechtigt und unanständig ist es nun aber, wenn Teile der Landwirtschaft aus diesen beiden Zahlen einfach schließen, der Landwirtschaft könne und müsse dadurch geholfen werden, daß die Preise für ihre Erzeugnisse ebenfalls auf 155 Proz. des Vorkriegsniveaus durch Preiserhöhungen gehiegt werden.

Eine solche Erhöhung des Preisniveaus ist nämlich aus mehreren Gründen absolut untragbar. Selbst wenn sie durch Zölle erreicht werden könnte, müßte sie eine so gewaltige Verteuerung der Ernährung mit sich bringen, daß nicht nur die Lebenshaltung der Verbraucher stark eingeschränkt, sondern auch die deutsche Industrie durch das zusehlich wachsende Lohnniveau erheblich geschädigt würde. Der Abzug landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie Butter, Eier, Milch, Gemüse usw., müßte stark anfallen, der Konsum der billigeren Nahrungsmittel, wie Brot, Kartoffeln, Margarine, würde dagegen gesteigert. Mit dieser Verschlechterung der Ernährung würde also besonders die bäuerliche, auf Viehproduktion eingestellte Landwirtschaft schwer geschädigt, die extensivere, mehr auf Getreide eingestellte Großlandwirtschaft dagegen bevorzugt. Zwar könnte die Kaufkraft einzelner Teile der Landwirtschaft infolge solcher Preissteigerungen gesteigert werden, zum mindesten in demselben Maße würde aber die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung in anderen Teilen der Landwirtschaft geschädigt. Eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bedeutet so gesehen nichts anderes, als das man dem Verbraucher aus seiner Tasche das nimmt, was man dem Landwirt gibt. Eine Erhöhung der deutschen Volkswirtschaft, wie sie die Landwirtschaft so gern als Folge von landwirtschaftlichen Preiserhöhungen darstellt, kann durch einseitige Preissteigerungen in der Landwirtschaft nicht erreicht werden. Es kommt noch hinzu, daß starke agrar-

rische Preiserhöhungen zu außerordentlich großen handelspolitischen Schwierigkeiten führen und dadurch den Export deutscher Industriewaren schädigen müssen.

Muß nicht nur vom Standpunkt des Verbrauchers, sondern auch im Interesse einer Gesundung der deutschen Volkswirtschaft jede einseitige Zollbeeinträchtigung der Landwirtschaft abgelehnt werden, so bleibt auf dem Preisgebiet doch eine sehr wesentliche Hilfe möglich: eine Stabilisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnispreise und damit im Zusammenhang eine Verringerung der ungeheuren Zwischenhandelsspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen.

In den letzten Jahren erhielt die deutsche Landwirtschaft jährlich für ihre verkauften Erzeugnisse rund 9 Milliarden Reichsmark. Die Verbraucherschaft hat aber für diese Waren nach recht zuverlässigen Schätzungen und Berechnungen nicht weniger als mindestens 17 Milliarden Reichsmark im Jahr bezahlt. Keineswegs ist die hier auftretende Zwischenhandelspanne von 8 Milliarden Reichsmark Verdienst des Zwischenhandels, sondern es sind wesentliche Kosten für Transport, Veredelung (Müllerei, Molkerei usw.), Handel, und Vertriebsaufkosten, Zinsen usw. abzuziehen. Es ist aber keine Frage, daß in dieser Zwischenhandelspanne auch sehr wesentliche, über das barechtigte Maß hinausgehende Brutto des Handels, der Mäcker, Mühlen, Fleischer usw. enthalten sind. Gewinne, deren Beschränkung auf ein normales Maß eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktpreise ohne Steigerung der Verbraucherpreise ermöglichen würde. Die Zwischenhandelsspanne ist wesentlich größer als vor dem Kriege. So steht beispielsweise der Index für Knochen gegenwärtig auf 100—110 Proz. des Vorkriegspreises, der Index für Brot dagegen auf 130—140 Proz. Ähnlich bei allen anderen Produkten. Die Kaufkraft hat also von den teilweise niedrigen landwirtschaftlichen Erzeugnispreisen keinen Vorteil, die Verdienste bleiben dem Zwischenhandel. Besonders verhängnisvoll wird diese Ausblähung der Zwischenhandelspanne durch die starken, bis zu 100 Proz. betragenden Preischwankungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den letzten Jahren. Dadurch wird die Spekulation angeregt. Einfallulterte Mißprognosen, ferner Spekulationsgewinne hat aber ebenfalls der Verbraucher zu bezahlen.

Alle Maßnahmen der landwirtschaftlichen Preispolitik sollten daher darauf abgestellt sein, die landwirtschaftlichen Preischwankungen zu mildern und die Zwischenhandelspanne zu verkleinern. Eine wesentliche Hilfe ohne neue Belastung der Verbraucherschaft kann dadurch der Landwirtschaft gebracht werden. Dabei sind auch Zollmaßnahmen, soweit sie in vernünftiger Weise gehandhabt sind, nicht prinzipiell abzulehnen. Eine schematische starre Zollpolitik, wie sie bis in die Gegenwart hauptsächlich getrieben wurde, kann allerdings nicht zu diesem Ziel führen, vielmehr muß bei jeder Preis- oder Zollmaßnahme entweder durch Festlegung eines Höchstpreises oder durch Abbau der Zölle bei hohen Preisen, also durch Einführung eines Gleitpreissystems anstatt starrer Zölle, mit einem Schutz des Erzeugers ein sehr starker und wirksamer Verbraucherschutz verbunden werden. Bescheiden, aber erfolgreiche Anläufe einer solchen Preispolitik, über die ein andermal gesprochen werden soll, sind gemacht, nachdem die Arbeiterbewegung mehr und mehr Einspruch auf die Agrarpolitik gewinnt.

Viel wichtiger als alle Maßnahmen der Preispolitik sind aber Maßnahmen der Preisbildung und Produktionsverbesserung in der Landwirtschaft, denn nur durch gesteigerte von Werten, also durch Erhöhung und gleichzeitige Verbesserung und Verbilligung der Produktion, kann der Landwirt auf lange Sicht wirklich geholfen werden. In fast allen Teilen der deutschen Landwirtschaft, insbesondere in den bäuerlichen Betrieben, sind noch ungeheure Rückständigkeit anzu- und Mängel anzu- und Mängel anzu- und Mängel anzu-

Bleibt dem Volksentscheid fern!

Unter der Führung Eugenbergs, des vielfachen Millionärs und verhinderten Diktators, bei aktivster Mitarbeit des Stahlhelms, der Hakenkreuzler und der schwärzesten Reaktion, hat das Volksbegehren 0,08 Prozent über die erforderliche Mindestzahl von Eintragungen gebracht. Zur Erreichung dieser Zahl wurden alle Mittel des Terrors gegen wirtschaftlich Abhängige in rigorosster Weise zur Anwendung gebracht.

Der Reichstag nahm kurz nach der Eröffnung der gegenwärtigen Session zu dem Gesetzentwurf mit dem berüchtigten Paragraphen 4 Stellung. Eugenberg, der Macher des Ganzen, brachte nicht einmal den Mut auf, seinen Entwurf zu begründen, geschweige denn ihn gegen die Angriffe der Regierung und der Parteien zu verteidigen. Die Auseinandersetzungen endeten mit glatter Ablehnung im Parlament und dem Hinauswurf der wenigen Vertreter nationaler Arbeitervereine aus der Deutschnationalen Partei. Wenn es noch eines Beweises für die arbeiterfeindlichen Bestrebungen der reaktionären Clique bedurfte hätte, so ist er in dieser Tatsache zur Gänze erbracht.

Am Sonntag, dem 22. Dezember, wird der Volksentscheid über das Knebelungs-gesetz für die überragende Mehrheit des deutschen Volkes vor sich gehen. Stahlhelmer und Nationalsozialisten, diese Kreuzung aus Anmaßung und Dummheit, werden in traurem Verein mit reaktionären Unternehmern wieder alle Minen springen lassen, um ihre Ernte in die Scheunen zu bringen. Deutschnationale Arbeitgeber werden die Arbeitnehmer erneut unter den Druck der winterlichen Not setzen, um sie zur Unterstützung ihrer volksfeindlichen Bestrebungen und ihrer egoistischen Zwecke zu veranlassen oder besser zu mißbrauchen. Demgegenüber geben die Gewerkschaften die Parole aus:

Verweigert die Eintragungen!

Wer unter wirtschaftlichem Druck zur Teilnahme an der Abstimmung gezwungen wird, gibt zur Vermeidung einer Maßregelung einen ungültigen Stimmzettel ab, indem er die Worte „Ja“ und „Nein“ einfach durchstreicht.

Nieder mit dem Volksentscheid!



Das „DINTA“ in der Glasindustrie.

Bei unserer Abhandlung über die lektin stattgefundenen 12. Glas- und Glaser Tagung in Berlin haben wir bereits darauf hingewiesen, daß im 3. Tagesordnungspunkt Prof. Friedrich, der Vater des „Dinta“ (Deutsches Institut für technische Arbeiterschulung) einen Vortrag über „Praktische Beispiele industrieller Menschenerziehung“ gehalten hat.

Herr Prof. Friedrich behauptete, daß er mit seinem Institut bereits Eingang in die Glasindustrie des Saargebietes gefunden hat. Unsere Nachforschungen im Saargebiet ergaben leider eine Bestätigung der Behauptung des Herrn Prof. Friedrich. Es ist uns folgender Maaß des „Dinta“ und der Betriebsleitung der Vopelius-Weniglichen Tafelglasfabrik an die Belegschaft auf den Tisch gestallert:

Die Betriebsleitung würde es begrüßen, wenn von nun an die Belegschaft auch ihrerseits im Betriebe zur Mitarbeit sich zur Verfügung stellen würde.

Wir brauchen gesunde, klar denkende Mitarbeiter in unserer Mitte und legen nicht den geringsten Wert darauf, Stumpfheit, Interesselosigkeit oder Kräftevergeudung anzuwachsen zu lassen. Das Wohl einer Fabrik sowie das Gedeihen eines Volkes beruht auf einer gesunden Gemeinschaftsarbeit. Wir wollen darum eine Gemeinde tatkräftiger, arbeitsfroher Menschen werden und haben uns eine gesunde Organisation und eine Gemeinschaftsarbeit aller zum Ziele gesetzt. Helfen Sie uns dazu! Wir erwarten Ihre tatkräftige Hilfe.

Die Belegschaft wird aus diesem Grunde aufgefordert, zur Hebung organisatorischer und technischer Mängel Vorschläge, mit Namen versehen, in einen Kasten zu werfen. Die Vorschläge werden prämiert. Meister und Vertreter der Firma, sowie die Betriebsleitung ist gewillt, alles zu tun, durch Mitarbeit ihrer Belegschaft die Arbeitsproduktivität und damit verbunden die Arbeitserfolge zu heben zum Wohl des Arbeiters, sowie der Firma.

In diesem philosophischen Konglomerat stellt man im ersten Absatz fest, daß scheinbar früher die Belegschaft im Betriebe überhaupt keine Mitarbeit geleistet hat. Wir fragen, wovon konnte die Firma Vopelius-Wenig ihre modernen Betriebe erreichen. Nur Fleiß und Intelligenz der Arbeiterschaft in erster Linie haben es ermöglicht, daß die jetzigen Fabrikhaber zu Verwaltern großer Kapitalien und Betriebe geworden sind.

Stumpfheit und Interesselosigkeit oder unnütze Kräftevergeudung konnte noch nie (auch bevor das „Dinta“ kam) in der Glasindustrie Maaß greifen, da der Glasarbeiter, gleichviel, ob er in Handarbeit seine Produktion herstellt, oder ob er als Bediener einer Maschine zur Glaserzeugung fungiert, immer zur höchsten Intelligenz und Aufmerksamkeit angehalten worden ist. Ja, es darf wohl mit Recht gesagt werden, der Glasarbeiter wird bei seiner Produktion zum Sklaven der zu verarbeitenden Glasmasse. Nur ein kleiner verketterter Griff, und schon ist das Produkt mißlungen, so daß der Glasarbeiter als hauswirtschaftlicher Affordarbeiter immer schon Leib und Seele der Produktion weihen mußte, wenn er am Wochenschluß seinen Verdienst haben wollte.

Am Inhalt des vorstehenden Maaß ist man auch stark von den Ausführungen des Herrn Prof. Friedrich auf der Glastechnischen Tagung bereits abgewidnen. Hier zeigt sich deutlich, was wissenschaftliche Theorie darstellt, und wie die Praxis sich für den Arbeiter auswirken kann. Herr Prof. Friedrich ist den freien Gewerkschaften kein Unbekannter. Es ist ihm in Broschüren und an anderen Stellen bereits nachgewiesen, daß seine philosophischen Probleme nur neue Birrenisse in die Industrie hineinzubringen. Daß er selbst von Arbeitgebern nur solange verstanden wird wie er die Ziele der Werks-gemeinschaft behauptet, beweist ein Auspruch eines der maßgebendsten deutschen Glasindustriellen nach dem Vortrage, der erklärte: „Prof. Friedrich ist ein Idealist; seine Vortragsart ist sehr schön, aber in der Praxis ist wohl mit seinen Vorschlägen nichts anzufangen, da muß jeder Arbeitgeber selbst unter Beurteilung der jeweiligen Wirtschaftslage sehen, wie weit er sich mit seinem Arbeiter aus-einandersehen kann.“

Deutlicher konnte dieser Herr seine Zweifel über das „Dinta“ wohl nicht ankern. Es wird festgestellt, daß Herr Prof. F. ein Idealist ist, der nicht die schwachen Seiten der Menschheit bei der Durchführung seiner Probleme beobachtet. Vor allen Dingen kennt er die schwache Seite aller deutschen Unternehmer nicht, die darin liegt, die Arbeitskraft des Lohnarbeiters so viel als möglich auszunutzen. Deshalb muß sich sein Bestreben der Bildung der Werks-gemeinschaften und der Heranbildung der Menschen zu „Führern“ im Sinne des „Dinta“ immer gegen die Arbeiterklasse auswirken, da der Kapitalist im Arbeiter niemals einen gleichwertigen Faktor anerkennen wird.

Die Bestrebungen des „Dinta“ sollen bei der jetzigen Einstellung der Deutschen Unternehmern nur zur Zerschlagung der stark inabamierten freien Gewerkschaftsbewegung und somit zur Rechtfertigung der Vorkriegs-Verhältnisse in den Betrieben führen. Durch die Heranbildung von „Führern“ wird dem Spielraum im Betriebe Tor und Tür geöffnet. Jeder wird be-freht sein, die besten Vorschläge technischer Art oder auch organi-satorischer Art im Betriebe machen zu können; dabei ist es unvermeidlich, daß bei diesen Vorschlägen die eine oder andere Arbeiterkategorie gegen-einander ausgespielt werden, und der viel-leicht scheinbare Vorteil für wenige auf Kosten anderer heraus-kommen muß. Der Idealist, Herr Prof. Friedrich, vergißt, daß die Menschen von heute sich bei ihren Handlungen nach Maß von ihrer materiellen Erziehung und Einstellung leiten lassen. Dies trifft vor allen Dingen beim Kapitalisten zu, der nie und nimmer der Einführung eines Instituts wie des „Dinta“ das Wort reden würde, wenn er nicht von vornherein davon über-zeugt wäre, daß diese Einführung sich materiell für den Be-

trieb günstig auswirken dürfte, und zwar dann, wenn die Ar-beiter-schaft zur Uneinigkeit gebracht worden ist.

Wenn man auch versäumt in den einzelnen Abhandlungen über das Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung die gerechte Ertragsverteilung und Menschenführung im rationali-sierten Betrieb erwähnt, so muß aber festgestellt werden, daß gerade an diesen wichtigsten Fragen für die Entwicklung der Arbeiterschaft der Referent auf der Glastechnischen Tagung mit zwei Sätzen vorübergeht und daß leider dort, wo das „Dinta“ freien Fuß gefaßt hat, sich nicht eine gerechte Ertrags-verteilung eingestellt hat, sondern nur die bevorzugten Stellungen Vorteile hatten, während im allgemeinen die Industrie-Arbeiter-schaft ungünstig abschneidet.

Nicht Werks-gemeinschaft, nicht Sport- und Spielvereini-gungen auf Grundlage der Werks-gemeinschaften können zum freien Menschen führen, sondern zu freien Menschen werden diejenigen, die den Mut aufbringen, für ihre eigenen Inter-essen und für die Interessen ihrer Familien in der freien Ge-werkschaftsbewegung einzutreten.

Unter Genosse Fritz Friede, der über das „Dinta“ eine Broschüre herausgegeben hat, stellte mit Recht fest, daß das „Dinta“ sich bei seinen problematischen Ideen nicht nur zu-schuldennen läßt, die Arbeitskraft des Arbeiters, dem Kapi-talisten in ungehörigem Maße zur Verfügung zu stellen, sondern auch dazu die Seele. Die freien Gewerkschaften haben von jeher auf dem Standpunkt der geistigen Ausbildung der Ar-beiterklasse gestanden und wirken dafür heute noch. Das geistige Kräftigen des Arbeiters muß im Kampf mit seinen wirt-schaftlichen Gegnern geschärft sein. Es darf aber unter keinen Umständen die geistige Ausbildung durch gegenseitiges Pe-sipheln und andere Maßnahmen herbeigeführt werden, wie es das „Dinta“ vielleicht unbewußt protegiert, denn dies ist keine wirkliche Ausbildung des Geistes, sondern nur ein gegenseitiges Auslöcheren.

Wir warnen die deutschen Glasarbeiter, den schönen Reden des Deutschen Instituts für technische Arbeiterschulung zu folgen. Der Kampf um eine freie Art erteilung in der Glasindustrie kann nur im keramischen Bund für die Interessen einer modernen Gemeinschaftsarbeit aller Unterdrückten geführt werden.

Ein Glaswerk besucht.

Eine Anzahl rauchender Gassen läßt schon von weitem erken-nen, daß das Glas-hüttenwerk, von dem wir die Erlaubnis zum Besichtigen bekommen hatten, sehr umfangreich sein muß. Gehört hatten wir schon viel von dem Werk und seinen Pro-dukten; es nun einmal im Betrieb sehen zu können, war die Er-füllung eines schon lange geheuten Wunsches. Wir waren ein ganzer Trupp von Kollegen, deshalb wurden wir in drei Ab-teilungen geteilt, und ich kam zu der Gruppe, die ein Kollege des Werkes, der freigestellte Betriebsratsvorsitzende, führte. Dieser erzählte uns, daß 1700 Personen im Betrieb arbeiten.

Wir sahen in den Höfen Feldbahnleise und teils elektrische Stromleitungen darüber gezogen. Die Gebäudeanlagen ließen die allmähliche Entwicklung des Unternehmens erkennen. Neues paarte sich mit Altem, Rückfandiges mit Fortschrittlichem, aber Unordnung und schmutzige Winkel waren nirgends zu erblicken, überall herrschte Ordnung und Sauberkeit, ein Zeichen, daß im Betrieb zusammen gearbeitet wird.

Die Hasenmächerei

Zuerst wurde uns die Hasenmächerei gezeigt. Diese ist in einer großen Halle mit einigen Zwischenwänden untergebracht. An den gefährlichen Maschinenteilen der Zonabereitung sind die Schutzvorrichtungen in bester Ordnung. Die Schmelzhäfen, Wan-nenstänge und Schiffe für den Betrieb werden selbst ange-fertigt, meist maschinell. Die Handarbeit ist stark zurückgedrängt, aber nicht entbehrlich. Arbeiter sind gar nicht viel in der Ab-teilung beschäftigt, aber das Lager an Rohware ist beträchtlich, weil die Hasen und Schiffe erst bis zu einem halben Jahr trocken müssen, ehe sie vorgebrannt und gebraucht werden können. Das Trocknen geschieht in feuchter Luft bei einer stetigen Temperatur, die durch umfangreiche Heizanlagen Tag und Nacht

An die Federgewandten!

Kollegel Kollegial!

Die Reibaktion kann gebrauchen:
Leben! Tatsachen! Kritiken! Soziales Geln! Bilder und Karikaturen! Reichsruhmstände! Proletarische Offensiv! Aufrüttelnde Schilderungen, die auch dem noch dumpfen Kollegen einhämern: Es geht um dich! Um dein Los! Um deine Hude!
 Um beinen Betrieb kümmert sich die Zeitung und die Gewerkschaft! Mühsere Theorien, endlose Wendesätze, das Angebot der Statistiken lassen die Masse der Leser kalt. Studiert die Massen-leute, nicht nur auf den Neros und in den Versammlungen, wo nur die eifrigsten sich einfinden, sondern bei den Entzonen der Sportplätze und im Kino. Seht, wie im Silbertheater das Geschrei nur durch knappe Sätze, und auch diese noch in beson-deren schmerzhaft aufpeitschenden Schriktarten, erläutert wird. Unsere gewerkschaftliche Presse lehnt sich nicht nach Sitzungs- und Berammlungsberichten, die mit aller tatsächlichen Voricht ab-gefaßt sind, sondern nach der Entschiedenheit, der kritischen Durchleuchtung von Betriebs-misständen. Ein kernig und ur-würdig geschriebener Bericht aus einem Großbetrieb mit tau-senden Arbeitern wirkt stärker als ein blendender Agitationsauf-satz.
 Wir brauchen eine Betriebsreportage, nicht in der ge-wissenlosen kommunikativen Art, deren Anzweckung sich von selbst abwirksam, sondern unter strenger Erziehung der Be-triebsberichter-statter zur Verantwortung. Viel mehr als bisher kann auf jeden Fall geschehen.
 W. Sollmann in der „Gewerkschafts-Zeitung“.

gleichmäßig gehalten wird. Mander Tonwarenbetrieb könnte stolz sein, wenn er eine so muster-gültige Anlage besäße wie diese Glasfabrik.

Die Röhrenziehmaschine

Von der Hasenmächerei ging es zur Röhrenziehmaschine, dem eisernen Kollegen, der einer Menge tüchtiger Handarbeiter die Beschäftigung wegnahm. Zwei von diesen Maschinen stehen in der großen Halle, und drei bis vier Kollegen laufen umher, einer davon ist und sie beobachten das Ding. Es sieht gar nicht so mo-schinnmäßig aus. Man sieht in etwas über zwei Meter Höhe eine leuchtende Öffnung und von ihr ab ein kleines, schmales, zwölf Meter langes Metallstück, worin eine dünne Glasröhre vorkommt. Am Ende bewegen sich automatisch einige dünne Eisen-arme, die zu fassen und in bestimmter Länge Glasrohrtelle aus-schneiden, dann gleitet jedes abgechnittene Stück auf ein Gestell, das sich waagrecht dreht und dem Sortierer ein Röhrchen nach dem anderen zubringt. Der sieht nach, macht Stichproben wegen des Maaßes und legt die gut besundenen in einen Kasten. Beim näheren Beobachten des Fenloches erblickt man erst, wie aus einer kurzen Rinne Glas herausfließt, auf die rotierende Weile läuft, sich weitet, dann wieder am hängenden Ende verengt und erkaltet. Die Luft wird der Weile automatisch zugeführt und diese durch Motor-kraft in Bewegung gesetzt. Von der mehr oder minder schnellen Drehung der Weile hängt die Stärke der Röhre ab. Zulast des Glases, Luftzufuhr zur Weile und Drehung der Weile werden durch die dazugehörigen Kontrollapparate mit-einander in Einklang gebracht, dann funktionieren das einfache Wunderwerk der Technik, das mit Ausnahme seiner zwei Arme-böden Abschnitten nichts von einer Maschine an sich hat, so wun-derbar präzis, daß die helfenden Kollegen fast nur Kontroll-tätigkeit auszuüben brauchen. Wenn es allerdings keine Mucken hat, werden die Kontrolleure manchmal das „Luder“ zum Teufel wünschen.

Die Leistung der Röhrenziehmaschine beträgt in einer Acht-stunden-schicht 1200 Kilogramm Glas und ein geübter Hand-arbeiter macht 150 Kilogramm. Man erzieht daraus, warum die Maschine dem Menschen vorgezogen wird; sie ist eben leistungs-fähiger und ihre Bediener brauchen sich körperlich nicht mehr so anzustrengen wie die Handröhrenzieher.

Die Handröhrenzieher.

Schon in der Anordnung der Arbeitsstelle der Röhrenzieher ist zu erkennen, wie dieser hilflich an die Wand gequettet wurde. Die Maschinen haben sich mitten in der Halle breitgemacht und die Röhrenzieher schafften an der Seite. Drei Mann arbeiten zusammen. Das geht so vor sich. Der Meister nimmt etwa 25 Pfund Glas mit seiner Weile heraus, dann wälzt er es auf einer Platte rund. Sein Mitarbeiter tut mit einem kleineren Klumpen das gleiche. Nach weiterem Drehen und Wärmen kleben sie auf der Ziehbahn ihre beiden Glaslumpen aneinander und ziehen langsam unter Haken und Abkühlen eines Lehrlings mit einem Webel ihre Röhre so etwa 12 Meter lang. Dann werden die Weilen von der anhaftenden Glasmasse befreit, die Röhren zerschnitten und der Arbeitsgang beginnt von vorn. Wer diese schwere Tätigkeit acht Stunden hindurch auszuüben hat, weiß, was er vollbracht, wenn die Schicht um ist.

Warum die Röhrenzieher trotz zweier Maschinen noch ge-bräucht werden? Weil Spezialröhren vom Handarbeiter her-gestellt sein müssen. Der Maschine will die beste Handarbeit noch nicht so gelingen, wie es notwendig ist. Es gibt eben Arbeits-linien, die nur dem tüchtigen Fachmann gelingen, weil bei ihm Körper und Seele zusammenwirken. Bei der Maschine muß in dieser Beziehung noch etwas fehlen. Ob es die Ingenieure noch erfinden werden?

Die optische Glasherstellung.

Das nach den besten wissenschaftlichen Erfahrungen geprüfte Gemenge wird abgemessen und in besondner Schüttelvorrich-tungen gemischt. Von dort fällt es in einen Karren auf Schienen, der zu den Denonlagen gefahren wird. Es wird in die Öfen entleert. Dann beginnt der Schmelzprozeß. Er dauert zwölf Stunden bei 1500 Grad Celsius. Apparate zeugen die Tempera-turen beim Schmelzprozeß an, so daß kein Versehen vorkommen kann; auf das Auge dürfen sich die Arbeiter nicht verlassen. Ist das Schmelzen beendet und die Glasmasse etwas abgekühlt, wird ein mechanisches Rührwerk angebracht, das noch einmal vier Stunden rührt, damit sich kein Urat festsetzen kann. Der erste Schmelzprozeß ist nun beendet.

Den Hasen mit Inhalt nehmen die Leute aus dem Dien heraus und stellen ihn in einen Wechbehälter, wo er langsam im Verlauf von vierzehn Tagen erkaltet. Ist das geschehen, zer-klopft man den Hasen, löst die Schamotte-teile vom Glas, zer-schlägt dieses in jauchstrogere Klumpen und schießt diese in die Zen-kerlei. Dort werden die Stücke in kleine tonische Tonformen mit mehreren Behältern, etwa 8 Zentimeter im Quadrat und vier Zentimeter tief, gefüllt und darauf in den Temperofen gebracht. Das Temperen dauert vierzehn Tage. Die Glasstücke sind nun zu tonischen Würfeln geschmolzen und werden nach der Abführung herausgenommen, nachgeschleifen, abgeglättet und poliert. Die fehlerfreien Stücke — etwa 30 Proz. der Ausbeute — kommen zur Verarbeitung.

Die Weiterverarbeitungsstätten waren nicht zur Besichtigung freigegeben.

Wir konnten auch noch die Werkstellen der Hartglasprodukt-ion ansehen, wo Milchflaschen, Teebecher, Beleuchtungs-körper und ähnliche Gegenstände angefertigt wurden, aber die technisch neu eingerichteten Stellen des Fertigmachens durften auch nicht betreten werden.

Im Musterzimmer sahen wir zum Abschluß die fertigen Produkte, die im Werk hergestellt wurden: Beleuchtungs-körper, Lampen, auch bemalt, Weichirrglas, wie Kaffee-service, Gedeck-tassen, Teller, Teebecher, Bad- und Protiformen, Kaffee-maschinen, Laboratoriumsgefäße aller Art, Weichirrglas, Röhren, Wasserstands-galäer und optisches Glas für alle Zwecke.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnte man noch manches sagen, es würde in diesem Rahmenbau zu weit führen. Nur das eine sei festgehalten: die Arbeiter können nach fünfjähriger Beschäftigungsdauer ohne Entschädigung nicht mehr entlassen werden und erlangen Rentenberechtigung auf ihren Grundlohn.

Das wäre alles, was man mit Laieaugen in der kurzen Zeit festhalten konnte.
 C. Reuninger.

Königsee i. Th.

Seit drei Jahren besteht in Königsee eine Grünasillatien-hütte. Was die Belegschaft in diesem Betriebe unter Glas- und Schwefelbunt zu leiden hat, das weiß jeder Weidwächler. Trotzdem es dem Betriebsrat und der Gewerbe-inspektion wiederholt versprochen worden ist, daß Abhilfe geschaffen werden sollte, ist bisher wenig geschehen. Die Belegschaft ist 400 Mann stark, hiervon ist fast der 10. Teil handia krank. Würde es in Königsee noch mehr derartige Betriebe geben, so würde die Krankenliste in kürzester Zeit hantfort wachsen. Wer keine ganz gesunde Lunge hat, der braucht sich nach Königsee gar nicht zu bemühen, da er es nicht lange aushalten würde. Um die Kollegen vor Enttäuschungen zu bewahren, bitten wir, den Zu-zug fern zu halten. Sobald sich die betrieblichen Verhältnisse gebessert haben, geben wir im „keramischen Bund“ Mitteilung. Hoffen wir, daß diese Zeilen dazu beitragen, Abhilfe zu schaffen.

Betriebsstilllegungen in Thüringen.

Die Firma Witzand & Palle hat ihren Betrieb in Kö-nigsee und das in der Nähe gelegene Werk zur Stilllegung angemeldet. Außerdem beabsichtigt die Firma Eduard Bar-kessel in Mellenbach die Betriebsstilllegung.



Zum Reichstarifvertrag für die Feinkeramische Industrie.

Von einem Kollegen wird der Redaktion geschrieben:
Der in Kraft befindliche Reichstarifvertrag für die Feinkeramische Industrie läuft nun zwei Jahre. Befristet werden kann er zum 31. März 1930. Je länger ein Tarifvertrag läuft, um so besser kann man seine Mängel erkennen lernen. Wenn auch unsere Verhandlungskommission beim letzten Abschluß, genau so wie bei früheren Abschlüssen, ihre Pflicht getan und versucht hat, herauszuholen für die Kollegen, was möglich war, so sind doch eine Reihe Punkte übriggeblieben, die damals nicht durchgesetzt werden konnten. Das muß man durch Kündigung des Mantelstarifvertrages bei der neuen Verhandlung versuchen zu erreichen.

Wie unseren Kollegen durch die Berichterstattung im Frühjahr d. J. über die Lohnverhandlungen sattem bekannt sein wird, haben wir keinen Aufschlag für die Affordarbeiter erhalten. Angeblich ist das unmöglich gewesen, weil ein Effektivzuschlag ein unzulässiger Eingriff in den Mantelvertrag gewesen wäre. Die Kollegen werden sich entsinnen können, daß das Reichsarbeitsgericht ein Urteil gefällt hat zu dem Schiedspruch im Eisenrevier der Ruhr, daß über die Erhöhung der Lohnsätze hinausgehende Zuschläge für Affordarbeiter auf Grund der Bestimmungen des Mantelvertrages unzulässig sind. Mit den gleichen Argumenten ist bei uns der Effektivzuschlag abgelehnt worden. Danach müssen wir versuchen, in den Mantelvertrag eine Bestimmung hineinzubringen, die für die Zukunft auch den Affordarbeitern Zuschläge zu gewähren erlaubt. Das ist doch das Mindeste, was man verlangen kann, daß auch den Affordarbeitern für die fortgesetzte steigende Teuerung ein Ausgleich gewährt wird. Sonst soll der Teufel im Afford arbeiten, wenn man für die Schuterei auch noch bestraft werden soll durch Verweigerung von Lohnzulagen.

Durch die Artikel über das Debeaux-System im „Keramischen Bund“ haben wir gehört, daß die Unternehmer recht gut die Zeit bezahlen können, wo man auf Masse warten muß, oder auf Planen oder der Mauer auf Geschirr, oder wo keine Formen, oder nicht genügend Formen vorhanden sind. Wenn man neue Vordrucke einführen will, da kann man solche Zeiten, wo der Arbeiter warten muß, bezahlen. Nach unserem Tarifvertrag müßte das auch bezahlt werden. Da weigert man sich aber entweder überhaupt, oder macht die größten Schwierigkeiten. Es muß daher eine Bestimmung in den Vertrag gebracht werden, die den Kollegen den Verdienst garantiert für die Zeit, die sie verbummeln müssen, weil die Betriebseinrichtungen nicht richtig sind.

Weiter gibt es immer noch eine große Anzahl Firmen, die solchen Arbeitern, die nicht im Afford arbeiten können, die Affordbasis verweigern. Die Kollegen können doch nicht dafür, daß sie gezwungen sind, im Zeitlohn zu arbeiten. Meistens müssen sie noch eine ganz besonders peinliche und schwierige Arbeit machen im Zeitlohn. Und da will man ihnen nicht einmal den Lohn zahlen, den die Handwerker im Betrieb bekommen. Das muß einmal geändert werden.

Wenn man sich im Betriebe über einen Stückpreis streitet und nicht einig werden kann, da soll 14 Tage lang für die Affordbasis gearbeitet werden. Wenn nun der Arbeiter ein paar Kränze über die Affordbasis hat, so kann der Unternehmer nicht viel einbüßen. Es muß in den Tarifvertrag eine Bestimmung hineinkommen, die sagt, für solche Arbeit ist der Durchschnittsverdienst zu zahlen. Dann wird sich der Unternehmer schon bemühen mit der Preiskommission einig zu werden.

Entgegen anderen Tarifen ist im Tarifvertrag für die Feinkeramische Industrie der Arbeiter erst mit 24 Jahren Vollarbeiter. Erst von diesem Alter kann er richtig Kohlen schippen, richtig Masse tragen und den Hof kehren. Jüngere Arbeiter haben das noch nicht richtig gelernt. Das ist eine Bestimmung, die berichtigt werden muß. Vollarbeiter muß man mindestens mit 20 oder 21 Jahren werden. Auch daß man den 14jährigen noch keinen Tariflohn garantieren will und den Lehrlingen vom ersten Lehrjahr ab, muß werden zu ändern. Immer mehr und mehr versuchen einige Betriebsleitungen mit jüngeren und jüngsten Arbeitern ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Fernerhin sollen die männlichen Arbeitskräfte durch die weiblichen ersetzt werden. Das ist kein Wunder. Der Anteil dazu liegt auf der Hand. Die Vorkenntnisse der einzelnen Altersklassen, vor allem aber der Geschlechter, sind so hoch, daß man bei solchem Verfahren allerhand profitieren kann. Dem muß ein Kiegel vorgehoben werden, wenn wir, die Männer, nicht ganz und gar in der feinkeramischen Industrie aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossen werden sollen.

Die Urlaubsbestimmungen vertragen auch manche Verbesserung. Vor allen Dingen müssen wir verlangen, die zwei Tage Urlaub, die wir früher als Höchsterurlaub mehr hatten, wieder zu erringen. Dann müssen die Bestimmungen über die Stillelegung und Kurzarbeit aus dem Vertrag herausgebracht werden. Nach der herrschenden Rechtsauffassung ist der Urlaub als Lohnanteil zu betrachten. Da geht es auch nicht an, daß man solche Experimente macht, wie in unserer Nähe in einem Betriebe, daß man die Arbeiter im Dezember mit Hilfe eines Stillelegungsantrages entläßt und im Januar neu einstellt. Nach den jetzigen Bestimmungen des Vertrages sollen dann die im Januar neu eingestellten Kollegen für das laufende Jahr ihres Urlaubs verlustig sein. Dagegen müssen wir ganzjährig Front machen. Da muß eine Bestimmung in den Vertrag hinein, die solche Sachen verbietet. Der anteilige Urlaub bei Entlassungen muß auf das Urlaubsjahr, nicht auf das Kalenderjahr abgestellt sein. Denn auch solche Unternehmer gibt es, daß vor der Urlaubszeit die Arbeiter entlassen, damit sie nur den Urlaub anteilig für das Kalenderjahr zu entschädigen brauchen. Bei einer so gesundheitsgefährlichen Industrie wie feinkeramische Industrie ist, daß der Urlaub auch nicht auf die Tätigkeit in einem Betriebe zugerechnet sein. Die Dauer des Urlaubs muß von der Tätigkeit im Betrieb abhängig gemacht werden.

Demer ist auch das Unfallversicherungsgesetz mal einer Revision zu unterziehen. Die Einziehung der Orte ist nicht mehr zu höhere Klassen verzieht werden. Auf dem letzten Grunde ist das Leben nicht billiger als in der Großstadt. Dann müssen die Klassen einander angeglichen werden.

Die in unserem Tarifvertrag vorgesehenen Schiedsstellen werden recht schön, wenn sie nicht einmal so lange auf ein Urteil warten lassen. Wenn wir also die Schiedsstellen weiterhin beschaffen wollen, so muß dafür gesorgt werden, daß die einzelnen Fälle schneller erledigt werden können. Das heißt, daß die Parteien an der Erhaltung der Schiedsstellen, nach ein paar Worte um Herbeizunehmen. Daran ist allerdings einzuwenden, daß der Arbeitgeber immer noch die Überhand hat. Monate lang machen lassen kann, ohne die Zahlung der Arbeiterentlohnung und daß diese Überhand nur mit 5 Proz. entschädigt werden. Das muß unbedingt beseitigt werden. Es muß die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit im Tarifvertrag verankert werden, so daß

die Arbeitgeber verpflichtet sind, Zuschläge zu zahlen, wenn die tägliche Arbeitszeit überschritten wird, nicht erst, wenn die 48 Stunden pro Woche überschritten werden. Ein Leberzeitabkommen erscheint mir überhaupt überflüssig. Wenn Leberstunden notwendig sind, können Arbeitslose eingestellt werden.

Das sind nur die am stärksten ins Auge springenden Mängel; es gibt noch andere Dinge in unserem Tarifvertrag, die geändert werden müssen. Wir haben zu unserer Tarifkommission das Vertrauen, daß sie versuchen wird, herauszuholen, was möglich ist. Heute schon erklären wir, daß wir hinter der Tarifkommission stehen und sie stützen werden, wenn die Arbeitgeber weiter so wenig Einsicht für die Forderungen der Arbeiterschaft zeigen wie bisher. Es ist notwendig, daß alle Kollegen in den einzelnen Zahlstellen zu diesen Punkten Stellung nehmen und vor allen Dingen auch die Unorganisierten über die weittragende Bedeutung des Reichsmantelvertrages aufklären. Sagt ihnen den Wahrpruch, der am Kopfe unserer „Ameise“ viele Jahre gestanden hat:

„Immer strebe zum Ganzen, und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an.“

W. Krüger.

Bei Staublungenenerkrankungen.

Das erste Unfallversicherungsgesetz wurde am 6. Juli 1884 veröffentlicht. Es bietet Schutz gegen die Betriebsgefahren, die sich in Betriebsunfällen und Berufskrankheiten auswirken. Der vornehmste Gedanke ist, daß durch Einleitung von Heilmaßnahmen die menschliche Arbeitskraft wieder hergestellt, zum mindesten, gebessert werden soll. Stellen sich vorübergehende oder dauernde Beschädigungen am Körper ein, dann sollen die eintretenden Rentenleistungen die Schädigungen mildern.

In der Porzellanindustrie gilt z. B. als Betriebsunfall unbestritten, wenn der Körper durch zeitlich bestimmte Handlungen beschädigt wird, bzw. schwere Staublungenenerkrankungen eingetreten sind. Hier ist zu bemerken, daß einheitliche medizinische Erkenntnisse in der Beurteilung von Staublungenenerkrankungen noch nicht vorliegen, auch schwerer festzustellen sind, als die mehr erkennbaren Beschädigungen. Jeder Arzt, der eine Berufskrankheit feststellt, ist verpflichtet, Anzeige zu erstatten, ebenfalls ist die Krankenkasse, der der Erkrankte angehört, gehalten, der Berufsgenossenschaft für unseren Beruf, der Völkereberungsvereinschaft, Mitteilung zu machen. Um den Kranken dem Produktionsprozeß wieder zuzuführen, kann Aufnahme in ein Krankenhaus veranlaßt werden. Dazu bedarf es seiner Zustimmung. Ist die Staublungenenerkrankung mit offener, also ansteckender Tuberkulose verbunden, dann kann auf seine Zustimmung, auch wenn er im Kreis seiner Familie wohnt, verzichtet werden. Diese Bestimmung, die äußerlich als Härte erscheinen mag, ist eine dringende Notwendigkeit, da bekannterweise der an Tuberkulose Erkrankte eine dauernde Gefährdungsquelle für seine Angehörigen bildet. Außerdem sind die Lungenheilstätten mit ihren guten Wohn- und Luftverhältnissen sehr wohl geeignet, diese Vorurteile zu beseitigen. Tritt die völlige Erwerbsfähigkeit nicht wieder ein, so wird eine Rente gewährt, die bei Erwerbsunfähigkeit zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes beträgt. Dieser wird aus dem Verdienst des letzten Jahres vor dem Krankheitsbeginn errechnet. War der Erkrankte infolge Krankheit, Erwerbslosigkeit, oder aus anderen Gründen verhindert, den vollständigen Jahresarbeitsverdienst nachweisen zu können, so ist der durchschnittliche Tagesarbeitsverdienst mit 300 Jahresarbeitstagen zu verbilfältigen und daraus der Rentenantrag festzustellen.

Bemerkt sei noch, daß die Reichsunfallversicherung im Gegensatz zur Invaliden- und Angefalltenversicherung auch Teilrenten vorsieht. Da die Unfallversicherung nur schwere Staublungenenerkrankungen anerkennt, die sich mit 50 Proz. und mehr Erwerbsunfähigkeit auswirken, so dürften Teilrenten unter dem nicht berücksichtigt werden. Stirbt der Erkrankte an den Folgen der Berufskrankheit, so erhält die Witwe ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, das dem Rentenbescheid zugrunde gelegt worden ist, wenn Krankheit oder sonstige Gebrechen der Witwen wenigstens die Hälfte der Erwerbsfähigkeit ausschließt, zwei Fünftel, wenn er ebenfalls in der Höhe von einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes gewährt. Bekommt das Kind noch Schul- oder Berufsausbildung, so ist Rente bis zum vollendeten 21. Lebensjahre zu zahlen. Ist das Kind infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen nicht in der Lage sich selbst zu erhalten, so wird Rente gewährt, solange dieser Zustand dauert. Eine Beschränkung der Gesamtrenten der Hinterbliebenen findet nur dann statt, wenn dieselben zusammen vier Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen übersteigen. Als einmaliges Sterbegeld wird der fünfzehnte Teil des Jahresarbeitsverdienstes in Anrechnung gebracht.

Eine andere Regelung im Rentenbescheid darf nur dann stattfinden, wenn sich Veränderungen im gesundheitlichen oder körperlichen Befinden ergeben, wirtschaftliche Erwägungen sollen nicht in Berücksichtigung gezogen werden. Die Rente in den ersten zwei Jahren ist eine vorläufige. Nach Ablauf dieser Zeit können Änderungen nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahr erfolgen. Bezieht der Unfallkranke eine Rente aus der Unfallversicherung, so ruht ein bestimmter Teil des Grundbetrages dieser Bezüge. Diese Renten dürfen nur dann den Jahresarbeitsverdienst nicht übersteigen. Während der Renten dürfen nur vorgekommen werden, wenn es sich um Unterhaltungsanprüche von Ehegatten oder Verwandten und Erbschaften der sozialen Versicherung und Fürsorge handelt. Es ist zu betonen, daß sich das Leiden eines an Staublungen Erkrankten, der noch keine Rente bezieht, noch verschlimmern kann, wenn er weiter den gesundheitsgefährdeten Beruf ausüben kann. Eine Ubergangsrente gewährt werden, die eine Beschäftigung in einem anderen, nicht gesundheitsgefährlichen Betrieb ermöglicht.

Die Fassen der Unfallversicherung müssen die Arbeitgeber durch Beiträge allein tragen, dieselben werden nach dem Lohn, den die Versicherten verdient haben, errechnet und einbezogen. Es ist mit harter Wehrdenklichkeit anzunehmen, daß die Zahl der entschädigungspflichtigen Staublungenenerkrankten recht hoch sein wird. Vielleicht gibt das Anlaß, daß den Porzellanarbeitern bei ihrem Kampf um bessere gesundheitliche Einrichtungen mehr Verständnis von den Porzellanindustriellen entgegengebracht wird. Ohne den großen Fortschritt in der Entschädigung der Berufskrankheiten zu verkennen, steht doch unbestritten fest, daß das höchste Gut der Arbeiterschaft, ihre Arbeitskraft, ihre Gesundheit, nicht mit irdischen Gütern abgekauft werden kann.

Oskar Böhm, Teltow.

Annaburg.

Das Geschäftsjahr 1928/29 der Annaburger Steingutfabrik A. G. Berlin schließt wieder mit einem Verlust von 170 862 Reichsmark (45 949), der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Es wird nun Zeit, daß diese Fabrik wieder zu Ertragsabschlüssen kommt, denn die Vorbedingungen dazu liegen doch vor.

25 Jahre Isolatoren-Kommission.

Die großen freigeberischen Aufgaben sind im starken Maß von der Erfüllung mühevoller intensiver Kleinarbeit abhängig. Auch die Isolatoren-Kommission war in 25jähriger Tätigkeit bestrebt, an diesen Grundfragen erfolgreich mitzuarbeiten.

Die frühe Erkenntnis, daß eine möglichst einheitliche Kalkulation der Stückpreise unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Standorte und der sonstigen technischen Einrichtungen sehr wohl geeignet sein kann, ausgleichend für die Beurteilung der menschlichen Arbeitskraft und auch der Wirtschaft zu wirken, war der Anlaß zur Gründung der Isolatoren-Kommission.

Mit Hilfe des ehemaligen Porzellanarbeiter-Verbandes wurde eine Zentrale geschaffen, die der in der elektrotechnischen Hochspannungs-Porzellanindustrie tätigen Kollegschaft den Austausch gegenseitiger Vorschläge ermöglichen konnte.

Der rapide Fortschritt der Industrie, die Erzeugung früher nicht für denkbar gehaltener Artikel mit ihren riesenhafte Ausmaßen und Formen, machten aber auch die an die Isolatoren-Kommission gestellten Anforderungen immer schwieriger. Konnte in den Entwicklungsjahren das Gollersche Kalkulationssystem, was allerdings auch unstritten war, in Anwendung gebracht werden, so ist das gegenwärtig gänzlich ausgeschlossen. Nur jahrzehntelange Erfahrungen in allen Betrieben Deutschlands können erfolgreich in der Kalkulation verwendet werden.

Neben den Vorschlägen hat die Isolatoren-Kommission auch die Bearbeitung von Defekt und sonstigen technischen Angelegenheiten übernommen. Neben der Materialzusammenstellung, der Produktionsmethode und dem Brennprozeß gibt es da noch unendlich viele Dinge, die in der Beurteilung der fehlerhaften Körper berücksichtigt werden müssen; auch hier darf die Kalkulation, das recht oft ihre Hilfe in Rat und Tat willkommen war.

In diesem Sinne weiter zu arbeiten, wird die weitere Aufgabe sein. Anerkennend sei noch bemerkt, daß die Isolatoren-Kommission in unserer neuen Organisationsform jede notwendige Unterstützung erhalten hat. Allen Kollegen, auch denen der früheren Vororte für ihre fleißige Mitarbeit besten Dank.

Oskar Böhm, Teltow.

Hof-Moschendorf.

Unsere Zahlstelle konnte vor 8 Tagen das Jubiläum ihres 45jährigen Bestehens feiern. Im Jahre 1884 haben 26 Porzellanmaler den Grundstock zur Bildung der Gewerkschaft gelegt. Sie haben sich als Porzellanmaler organisiert und in späteren Jahren eine Zahlstelle des Verbandes der Porzellanarbeiter daraus gebildet. Unsere Kollegen vom Fabrikarbeiterverband haben im Jahre 1902 eine Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes gebildet. Zwei Kollegen des Fabrikarbeiterverbandes, der Kollege Johann Koppel und der Kollege Wolfgang Volkrom, sind heute noch Mitglieder des Verbandes, währenddem von den Gründern der Zahlstelle Moschendorf, des Porzellanarbeiterverbandes niemand mehr in Moschendorf anwesig ist.

Die Zahlstelle hat eine recht eindrucksvolle Feier zum 45jährigen Bestehen der Organisation und zur Ehrung von 20 Jubilaren, die 25-36 Jahre Mitglied des Verbandes sind, arrangiert. Das Stadtorchester von Hof hatte den musikalischen Teil, und der Arbeitergejangverein von Moschendorf mit seinem gemischten Chor die gesanglichen Darbietungen übernommen. Eine Kollegin sprach einen eindrucksvollen Vortrag, und unser Kollege Apel aus Charlottenburg hielt die Festrede und überbrachte Grüße und Glückwünsche unseres Hauptverbandes und des Keramischen Bundes. Zu der Ehrenrunde, die an alle Jubilare verteilt wurde, gab die Zahlstelle noch ein Geldgeschenk.

Wiz in die späten Abendstunden konnten unsere Mitglieder mit ihren Angehörigen im dichtbesetzten Saal ihre Jubilare ehren. Der Kollege Frenkel brachte noch eine humoristische Note in unsere Feier durch kleine Vorträge.

Nachstehend bringen wir die Namen der Jubilare; die in Klammern beigeigten Zahlen sind die Jahre ihrer Mitgliedschaft:

- Gottlieb Rödiger, eingetreten am 1. 1. 1893 (36 Jahre);
- Georg Häppl, eingetreten am 2. 8. 1897 (32 Jahre);
- Gustav Berner, eingetreten am 8. 11. 1897 (32 Jahre);
- Erhardt Krauß, eingetreten am 13. 7. 1901 (28 Jahre);
- Georg Krenbauer, eingetreten am 19. 5. 1902 (27 Jahre);
- Johann Koppel, eingetreten am 11. 5. 1902 (27 Jahre);
- Wolfgang Volkrom, eingetreten am 17. 11. 1902 (27 Jahre);
- Johann Groh, eingetreten am 29. 4. 1902 (27 Jahre);
- Georg Fuchs, eingetreten am 1. 6. 1903 (26 Jahre);
- Johann Ackermann, eingetreten am 1. 7. 1903 (26 Jahre);
- Nicol Groh, eingetreten am 1. 7. 1903 (26 Jahre);
- Wolfgang Leupold, eingetreten am 1. 6. 1903 (26 Jahre);
- Nicol Kuddeich, eingetreten am 1. 8. 1903 (26 Jahre);
- Wolfgang Propp, eingetreten am 1. 11. 1903 (26 Jahre);
- Johann Berner, eingetreten am 15. 10. 1903 (26 Jahre);
- Johann Hager, eingetreten am 4. 5. 1904 (25 Jahre);
- Karl Fersch, eingetreten am 22. 3. 1904 (25 Jahre);
- Wolfgang Künzel, eingetreten am 22. 3. 1904 (25 Jahre);
- Heinrich Zeh, eingetreten am 11. 4. 1904 (25 Jahre).

Professor Sommerfeld ist tot.

Neunundsiebzehnjährig ist Professor Dr. Theodor Sommerfeld vor kurzem vom Tode hinweggerafft worden. Er ist einer der Herze mit gewesen, die schon vor beinahe vier Jahrzehnten durch ihre Forschungen auf dem Gebiete der gesundheitlichen Betriebsgefahren den Grund gelegt haben zu den Verordnungen, die Berufskrankheiten als entschädigungspflichtig wie Unfallereignisse anerkennen.

Besonders die Porzellanarbeiter werden der reiflichen Forscherarbeit dieses Mannes viel zu danken. Zu Zeiten, als die Gewerkschaften die einzigen waren, die noch unachtert ihre Stimme um gesundheitlichen Schutz der Arbeiter erheben ließen, hat der Verstorbene versucht, das wissenschaftliche Rüstzeug dafür zu schaffen. Noch kurz vor dem Kriege war der Verstorbene Mitglied einer Kommission, die feinkeramische Betriebe besichtigte, um die dort herrschenden Verhältnisse mit Bezug auf die Gesundheitsgefährdung der Arbeiter zu untersuchen. In einer ganzen Anzahl Broschüren und auch in Vorträgen in unseren Kollegentreifen hat Professor Sommerfeld seine wissenschaftlichen Ergebnisse in den Dienst der Sache gestellt. Daher kann man wohl mit Recht den Verstorbenen als einen der Väter der Verordnungen über Entschädigung der Berufskrankheiten bezeichnen.

Professor Sommerfeld ist in den Seelen gestorben. Der Tod hat ihn übertrafft, mitten in der Arbeit über einem „Atlas der gewerblichen Gesundheitspflege“. Mit der gesamten Arbeiterschaft werden auch die Porzellaner sein Andenken in Ehren halten!

Rönigszell.

Bei der Porzellanfabrik Rönigszell A. G. schließt das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr wieder mit einem Verlust ab, so daß sich der vorjährige Verlust von 386 351 RM weiter erhöht. Demzufolge bleibt die Gesellschaft wieder dividendenlos. Gegenwärtig ist der Geschäftsgang befriedigend.



Industrien Steine und Erden im Spiegel der Gewerbeaufsicht.

II.

Dass die Industrien Steine und Erden in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbehörden keinen allzu breiten Raum einnehmen, liegt nicht etwa daran, daß sich da alles in schönster Ordnung befände, sondern dieses Schicksal teilen sie mit vielen anderen Gewerbebezügen gemeinsam. Wenn über jede Industrie ausführlich berichtet würde, so müßten die Jahresberichte mindestens den doppelten Umfang wie jetzt haben. Es ist also im allgemeinen meist nur summarisch berichtet. Damit hat man sich schließlich abzufinden. Es bleibt aber auch so noch viel des Interessanten übrig, was einer Betrachtung wert erscheint.

Verschiedene Unfälle werden im einzelnen geschildert; darunter auch ein großer Teil aus dem zum Agitationsbereich der Gruppe Grobhermit gegehörenden Industrien. Einen großen Raum nehmen dabei die tödlichen Unfälle in Kies- und Tongruben, sowie in Kalksteinbrüchen ein, wo durch unvorschriftsmäßigen Abbau Menschenleben vernichtet wurden. So wird ein charakteristischer Unfall aus dem Regierungsbezirk Westpreußen gemeldet. Dort war in einem Lehmberg einem Arbeiter ein schwerer Lehmballen gegen die gerade in Gesichtshöhe erhobene Spitzhake geslogen, so daß deren Spitze dem Arbeiter gegen den Kopf prallte, was den sofortigen Tod des Arbeiters zur Folge hatte. Wahrscheinlich ist auch dieser Unfall auf unvorschriftsmäßigen Abbau zurückzuführen.

Der Betriebsleiter einer Kies- und Sandgrube wurde wegen unvorschriftsmäßigen Abbaus mit 4 Monaten Gefängnis bestraft, und zwar hatte er sich um den Betrieb nicht gekümmert. Beim Niedergehen einer Wand war der Unternehmer selbst und ein Arbeiter getötet worden.

In einer anderen Kiesgrube war ebenfalls eine Wand niedergegangen und hatte einen Arbeiter getötet. Trotzdem ist bei einer späteren Befichtigung wieder unvorschriftsmäßiger Abbau festgestellt worden.

Im Bezirk der Rialz ist ebenfalls ein tödlicher Unfall infolge Abstürzen von Material zu verzeichnen. In einem anderen Bezirk wurde der Betrieb einer Tongrube von der Gewerbeaufsicht so lange zwangsweise eingestellt, bis der gefährdende Abraum beseitigt war.

In einem Kalksteinbruch im Bezirk Braunschweig sind zwei Arbeiter durch unvorhergesehene Abklüftung von Material ungefähr 30 Meter in die Tiefe gestürzt und tödlich verunglückt.

Der Besitzer einer neuen Sandgrube wurde mit 300 RM Geldstrafe bestraft, weil er den unvorschriftsmäßigen Abbau geduldet hatte, wodurch ebenfalls ein Arbeiter tödlich verunglückt war. Die Geldstrafe trat an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von einem Monat.

In Sachsen war in einer Sandgrube ein Waggon umgestürzt, weil er ungenügendes Gegengewicht und unzulässigen Unterbau hatte. Ein Arbeiter wurde dabei tödlich verletzt.

In einer anderen Sandgrube wurden vier Arbeiter durch niedergehende Massen erschlagen und getötet. Auch aus dem Bezirk Schleswig mußte mehrfach gegen unzulässigen Abbau in Sand- und Kiesgruben eingeschritten werden. Gegen einen Besitzer wurde mit Polizeistrafe vorgegangen. Mehrere Verfahren schweben noch.

Wiesbach wird in den Berichten den verunglückten Arbeitern die Schuld an den Unfällen zugeschrieben. Sei es, daß sie sich (bei Abstützungen) nicht angeleitet, oder den unvorschriftsmäßigen Abbau vernahmen. Wer die eigentliche Schuld an solchen Unfällen hat, wird meistens nicht recht angeleitet werden. Die Verantwortlichen, die am besten Auskunft geben könnten, sind tot, ihr Mund ist stumm geworden. Die Überlebenden haben meist Ursache, darüber zu schweigen, um sich selbst nicht zu belasten. Gemein haben auch die verunglückten Arbeiter Schuld, indem sie, sei es aus eigenem Antrieb oder auch, was wir bei den meisten Fällen vermuten, auf direkte Anweisung von ihren Vorgesetzten, unvorschriftsmäßig handelten. Etwas mehr Rückgrat gegen unvorschriftsmäßige Anweisungen wäre zu wünschen. Auf diesem Gebiete wäre für die Betriebsverretungen ein dankbares Arbeitsfeld. Die Arbeiter büßen unvorschriftsmäßiges Handeln fast immer mit Einbuße ihres Lebens, oder wenn es noch einigermaßen glimpflich abläuft, mit ihren gesunden Gliedmaßen.

Ein weiterer charakteristischer Unfall wird aus dem Bezirk Königsberg gemeldet. In einem Mörtelewerk wurde mittels Transportband Sand aus dem Schip auf einen leicht gefrorenen Sandhaufen befördert. Ein Arbeiter war auf diesen gestiegen und auf der leicht gefrorenen Decke eingebrochen, die nachfolgenden Sandmassen hatten ihn erstickt, als ihm Hilfe wurde.

Eine andere Unfallquelle sind die Silos in den Zementfabriken. Auch da sind wieder eine Reihe Unfälle dadurch eingetreten, daß Arbeiter, ohne angeleitet zu sein, in Silos stiegen und von nachströmenden Zementmassen erstickt wurden.

In einer Zementfabrik war ein Arbeiter nach Entfernung des Einkaufsbedarfs in eine Transportrinne gestiegen, von dieser verunglückte Arbeiter bereits einigemal verwundet und sogar einmal mit vier Wochen Arbeitsentzug deswegen bestraft sei. Nur weil er alt war und nur in Rücksicht auf seine Familie, habe man ihn wieder eingestellt. Da taucht die Frage auf, was hat den betreffenden Arbeiter veranlaßt, trotz Verwarnungen und Bestrafungen immer wieder dieselben Verstöße zu begehen. Entweder sind die Verlehrsrichtungen so mangelhaft gewesen, daß der Betreffende glauben nachhelfen zu müssen, oder seine Kraft hat nicht mehr ausgereicht, um diese Arbeit ordnungsgemäß auszuführen. Wäre es nicht besser gewesen, man hätte diesen Arbeiter, nachdem er schon mehrmals verwundet war, an einen weniger gefährlichen Arbeitsplatz gestellt?

In einer anderen Zementfabrik verunglückte ein Arbeiter in der Nagrohnmühle tödlich. Der Betreffende war in diese zwecklos reparatur eingetragenen. Während er sich noch darin befand, rückte ein anderer Arbeiter ein, dadurch wurde ersterer vom Mühllörper erfasst und totgedrückt. Wie der Bericht bezeugt, hat der andere Arbeiter nicht gewinkt, daß sich jemand in der Mühle befand. Auch hier hätte der Unfall vermieden werden können, wenn vorher Vorwarnung getroffen wäre, daß niemand die Mühle in Gang zu bringen.

Auch in der Nierenindustrie passieren immer wieder tödliche Unfälle. So wird aus einer Ziegelei berichtet, daß ein Arbeiter, der den Riemen bei vollem Gang kürzen wollte, von diesem hochgehoben und um die Welle geschleudert sei. Nach dem Bericht hätte er es verabsäumt, den Riemen an dem Riemenhalter zu befestigen.

Ob nicht irgendein Meister usw. da irgendwelche Anweisungen gegeben hat, läßt sich auch nicht mehr feststellen. Der Betrieb hätte aber müssen solange stillgelegt werden, bis der Riemen gekürzt war. Der Bericht bezeugt, daß der Unternehmer freigesprochen sei. Die Gewerbeaufsicht hätte davon zu spät erfahren, um Vermeidung einzulegen.

Aus dem Bezirk Eibenbüren wird berichtet, daß ein eben erst 16 Jahre alt gewordener Arbeiter den linken Arm durch die Tonwalzen einer Ziegelpresse einbüßte. Auf gleiche Weise verunglückte ein Vorarbeiter einer Zortrennfabrik.

In einer Ziegelei kippte die Mulde eines Muldenkipfwagens heftig zurück und stieg dem Bedienungsmann einen heftigen Stoß zu. An den erlittenen Verletzungen verstarb der Betreffende. Im Bernsteintal in Baluniden waren 30 000 cbm Abraum ausgebrochen und hatten einen 60-70 Meter davon entfernt stehenden Abraumzug verschüttet. Ein Seiler, Maschinist, Aufseher und drei Arbeiter verunglückten dabei. Zwei wurden getötet, einer schwer und drei leichter verletzt.

Ein Massenunfall in einer Tongrube ist ebenfalls erwähnenswert. Durch Undichtigkeit in der Auspuffanlage des Benzinmotors, der die Wasserpumpen betrieb, waren Abgase in den Schacht gedrungen. Vier Arbeiter, die nacheinander einfuhren, um ihre Kameraden zu retten, wurden bewußtlos. Erst der Feuerwehrgelang es dann, die Verunglückten zu retten.

In einer Gipsfabrik des Regierungsbezirks Kassel explodierte ein Zweiflamm-Ofen. Zwei Gipsarbeiter, die sich während der Feuertüchtung unbehutsam in den Maschinenraum aufgehalten hatten, wurden verbrüht. Der Seiler war ebenfalls nach zwei Stunden tot.

Durch Einatmen von Kohlenoxydgasen auf Kalköfen sind ebenfalls einige tödlich verlaufene Unfälle vorgekommen, die in den Berichten mitgeteilt sind.

Krisenunterstützung während der berufstätigen Arbeitslosigkeit

Durch die kurze Bauzeit dieses Sommers war es sehr vielen der Beschäftigten in der Baustoff- und der Bauindustrie nicht möglich, die notwendige Anzahl von Arbeitswochen (24), die Berechtigung auf Bezug von Arbeitslosenunterstützung gibt, zu arbeiten. Betroffen wurden hier von erster Linie die Ziegelei- und Zementarbeiter. Diese wurden daher bei Eintritt der Berufslosigkeit in die Krisenunterstützung aufgenommen. Nun bekommen wir aus einigen Teilen des Reiches Bescheid über Anwendung der Bestimmungen zur Krisenunterstützung in Verbindung mit den Bestimmungen zur berufstätigen Arbeitslosigkeit.

Die Arbeiter, die infolge ihrer kurzen Beschäftigungsdauer bislang Unterstützung aus der Krisenunterstützung erhielten, werden beim Inkrafttreten der berufstätigen Arbeitslosigkeit vom weiteren Bezug der Unterstützung ausgeschlossen. Sie fallen daher ab 1. Dezember 1929 der öffentlichen Fürsorge anheim. Gestützt wird diese Maßnahme auf einen Erlaß des Reichsarbeitsministers zur Krisenunterstützung vom 29. Juni 1929 (Reichsarbeitsblatt Nr. 19/29). Nach diesem Erlaß sind alle Arbeiter, die unter die Bestimmungen der berufstätigen Arbeitslosigkeit fallen, für die Dauer der berufstätigen Arbeitslosigkeit von der Krisenunterstützung ausgeschlossen. Während der Dauer der berufstätigen Arbeitslosigkeit kommen bekanntlich die Bestimmungen der Krisenunterstützung, mit Ausnahme der Bedürftigkeitsprüfung, nach der neuen Regelung in Anwendung.

Nach Verhandlungen hat der Reichsarbeitsminister nunmehr zu dem Erlaß vom 29. Juni 1929 folgende Auslegung gegeben: „Alle Arbeitnehmer, die in dem Berzeignis für berufstätige Arbeitslosigkeit aufgenommen sind, erhalten, wenn sie bis zum 8. Dezember 1929 einschließlich erwerbslos geworden und Krisenunterstützung beziehen, diese Krisenunterstützung auch weiter.“ Wir bringen diese Auslegung hiermit unseren Mitgliebrn zur Kenntnis und empfehlen, überall, wo ein Ausschluß vom Bezuge der Unterstützung bei berufstätiger Arbeitslosigkeit aus oben angeführten Gründen erfolgt, sich auf diese Auslegung des Reichsarbeitsministers zu dem Erlaß zu berufen.

Neber einige Bleierkrankungen in einem Verblendsteinwerk, sowie in einigen Zementfabriken wird ebenfalls berichtet. Gleichfalls über einige Mangangehaltungen in Braunkohlenwerken. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsämter genauer durch, so erseht man, daß es fast bei allen Fällen an den nötigen hygienischen Einrichtungen usw. fehlte. Meist mußte die Einrichtung von wirksamen Staubabzugsanlagen, einwandfreien Kleiderablagen, Wabe- und Wascheinrichtungen erst polizeilich verfügt werden, um für die Zukunft solche Vergiftungen und Erkrankungen zu verhindern.

Auch die Staubplage in Zementfabriken und Kalkwerken erscheint in einigen Berichten der Gewerbeaufsichtsämter. Verschiedentlich fehlte es noch an mechanischen Abfuhrvorrichtungen und auch an Staubabzugsanlagen. Die Anlage von letzteren hätte mehrfach gefordert werden müssen. Daß sie nicht nur zum Schutze der Arbeiter, sondern auch zum Schutze der Werke notwendig, sondern auch von großem Wert für das Werk selbst sind, bezeugt folgender Fall, der von einem Gewerbeaufsichtsamt mitgeteilt wird.

Bei einem Kalkwerk mußte durch polizeiliche Verfügung eine Staubabzugsanlage gefordert werden. Nach deren Errichtung wurde von dem Betriebsleiter berichtet, daß täglich 24 Zentner Kalkstaub zurückgehalten werden konnten. Die Anlage habe sich dadurch bezahlt gemacht.

Nicht nur in Kalk- und Zementwerken sind Staubabzugsanlagen nötig. Auch einer Oberflächlichen Schmelzfabrik mußte die Errichtung einer Staubabzugsanlage aufgegeben werden.

Mit Wasch- und Wabecinrichtungen sieht es in den Industrien Steine und Erden noch recht traurig aus. Einige Gewerbeaufsichtsämter berichten, daß das Fehlen von Waschgelegenheiten vielfach zu hemmungen gewesen sei.

Vom Regierungsbezirk Breslau wird berichtet, daß der Gewerbeamt anlässlich der Besichtigung von Ziegeleien in 49 Fällen die Errichtung einer Brauchwasseranlage angeregt habe und teilt mit, daß im Verlauf der letzten Campaigne neun bereits fertiggestellt seien. Es sei zu hoffen, daß eine allgemeine Durchführung, abgesehen von kleinen Betrieben, erfolgen würde. Ob da nicht der betreffende Gewerbeamt etwas zu optimistisch gestimmt ist?

Aus dem Regierungsbezirk Stade wird berichtet, daß die von einer Zementfirma errichtete Wabeanlage bei einer Beschäftigung von 500 Arbeitern wöchentlich nur von drei benutzt wurde. Auf welche Ursachen diese Tatsache zurückzuführen ist, bedürfte nach einer näheren Untersuchung.

Auch die Unternehmerräume und Schlafgelegenheiten der Wanderziegler sind vielfach noch sehr verbesserungsbedürftig. Aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf wird berichtet, daß gegen mehrere Ziegelei- und Zementwerke eingeleitet seien wegen nicht ordnungsgemäßer Einrichtung der Schlafräume. Wenn es bis zu einem Strafverfahren kommt, muß es schon ziemlich schlimm stehen auf diesem Gebiet.

Auch durch Schadbaste elektrische Anlagen sind viele tödlich verlaufene Unfälle zu verzeichnen. Die Berichte führen diese meist ohne Benennung der Industriegruppen an. Daß aber auch in Steine und Erden nicht alles in Ordnung ist, zeigt

eine Schilderung, wo zufällig der Betriebszweig genannt ist. Ungefähr folgendes wird berichtet.

In einer Ziegelei war die elektrische Anlage in so schlechtem Zustand, daß die Ausführung der einzelnen Anstände nicht möglich gewesen sei. Es sei die Neuverlegung der ganzen Anlage empfohlen worden. Nach drei Jahren sei die Anlage wieder so stark beschädigt vorgefunden, daß nochmals die gründliche Instandsetzung verlangt werden mußte. Es sei die Verwendung von Kleinspannung vorgeschrieben worden.

Daß auch die sonstigen Einrichtungen nicht immer einwandfrei sind, zeigt ein anderer Bericht aus dem Regierungsbezirk Straßburg. Bei einer Zementfabrik mußte veranlaßt werden, an einem 20 Meter hohen Abhänge nachträglich umfangreiche Änderungen vorzunehmen, um eine gefahrlose Zugängigkeit der Ventile, Wasserstände und Reinigungsöffnungen zu schaffen.

Weiter wird vom Gewerbeaufsichtsamt zur Frage des Unfallschutzes gesagt, daß bei Um- und Erweiterungsbauten der erforderliche Unfallschutz den schnell fortschreitenden Umstellungen nicht rasch genug gefolgt sei. In einem Fall wäre der Berufsgenossenschaft Mitteilung gemacht worden, die dem Werk eine Ordnungsstrafe auferlegt hätte.

Es muß schon in vielen Fällen um den Unfallschutz, die Schutzvorrichtungen und sonstigen Einrichtungen schillern stehen, wenn von Seiten der Berufsgenossenschaften mit Strafen eingeschritten werden muß.

Aus den Berichten geht hervor, daß viele Zementwerke ihre Werke wohl dahingehend umstellen, daß die Produktion gesteigert werden kann, aber an den Arbeiterschutz erst zuletzt denken.

Aber nicht nur in Zementfabriken sieht es in dieser Beziehung oft noch rückständig aus, sondern auch in anderen Zweigen der Industrien Steine und Erden. Das kann man aus einem anderen Bericht schließen. Da wird berichtet, daß eine größere Anzahl von Brennereien auf Ziegeleien vom Gewerbeamt gemeinsam mit dem staatlichen Hochbauamt besichtigt wurden. Es sei da festgestellt, daß die Ofengewölbe durch das höhere Heizgrade erfordernde Brennen von Klinkern derartig gelitten hätten, daß sie an einzelnen Stellen einzustürzen drohten. Es seien die nötigen Ausbesserungen und Umbauten veranlaßt. In einem Falle sei das Ofengewölbe so stark beschädigt gewesen, daß die weitere Benutzung des Ofens unterlag werden mußte. Gegen den Ziegeleibesitzer, der dem Verbot der Weiterbenutzung nicht nachkommen wollte, mußte erst mit polizeilichen Zwangsmaßnahmen eingeschritten werden.

Fechener Steinzeugröhren-Industrie.

Die im September d. J. für die Fechner Steinzeugröhren-Industrie eingeleitete Lohnbewegung hat nach vielen Bemühungen unserer Organisation mit einem Teilerfolg für die Arbeiterschaft geendet. Seit Jahren haben wir bei Erneuerung der Lohnkartei verzeichnen müssen, daß die Verhandlungen sich sehr lange hinziehen, und so war es auch in diesem Jahre. Die Fabrikanten untereinander haben, wie so oft, keinen einheitlichen Willen zum Ausdruck gebracht. Eine Gruppe derselben wollte den Forderungen der Arbeiterschaft entgegenkommen schon mit Rücksicht auf die Kommunalwahl, und der andere Teil der mehr den Deutschnationalen zuneigen, also keine Zentrumsmitglieder hat, haben sich auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse ist es sehr schwierig, einen Tarifvertrag abzuschließen, und die Arbeiterschaft wird jedesmal auf eine harte Geduldsprobe gestellt. Das Ergebnis selbst kann uns nicht befriedigen, bedeutet aber einen Fortschritt in der Lohnentwicklung der im reinen Tagelohn beschäftigten Arbeiter. Für die Affordarbeiter leuchten die Arbeitgeber jede Lohnverhöhung ab, und jeder Arbeitgeber hatte sich am letzten Verhandlungstage mit der Aufstellung der Affordverdienste bewaffnet und verjuchte damit den Nachweis zu führen, daß die Lage der Affordarbeiter eine geradezu glänzende ist. Die schwere Arbeit und die erhöhten Arbeitsleistungen, die heute von den Affordarbeitern verlangt werden, glauben die Herren Arbeitgeber damit abtun zu können, daß dafür auch hohe Affordverdienste erzielt würden. Die Affordarbeiter haben es selbstverständlich nun in der Hand, in jedem einzelnen Betriebe eine Revidierung bzw. Erhöhung der Affordlöhne zu verlangen. Es wird auf die Stärke der Organisation in jedem einzelnen Betriebe ankommen, Affordverhöhungen durchzusetzen. Eine Organisation und stärkste Unterstützung derselben wird es nicht möglich sein, Erhöhungen durchzusetzen. Das muß auch den Affordarbeitern ganz deutlich gesagt werden, daß die Affordfrage wie alle anderen Lohnfragen, eine Machtfrage ist. In diese Macht nicht geschaffen, so muß schleunigst dafür gesorgt werden, daß die Affordarbeiter in jedem Betriebe hüttenlos organisiert sind. Nur so wird es gelingen, die Belange der Affordarbeiter zu verbessern.

Das Ergebnis der Lohnverhandlungen ist folgendes: „Die Stundenlöhne der im Tagelohn beschäftigten Vollarbeiter werden um 9 Pf. pro Stunde sofort, und ab 1. Oktober 1930 um weitere 2 Pf., insgesamt um 11 Pf. pro Stunde, erhöht. Daraus ergeben sich folgende Lohnsätze:

| | | |
|---|--------------------------------|-------------------------------|
| 1. Ungelernte Arbeiter: | | |
| | Ab 5. Dez. 29 bis 30. Sept. 30 | Ab 1. Okt. 30 bis 31. Juli 31 |
| 14-15 Jahre | 30 Pf. | 31 Pf. |
| 15-16 " | 32 " | 33 " |
| 16-17 " | 39 " | 40 " |
| 17-18 " | 43 " | 44 " |
| 18-19 " | 55 " | 56 " |
| 19-20 " | 69 " | 70 " |
| Permanente Vollarbeiter über 20 Jahre, die im Tagelohn arbeiten | 90 " | 92 " |

2. Gelernte Handwerker mit Lehrgeldnis

| | | |
|---------------|--------------------------------|-------------------------------|
| | Ab 5. Dez. 29 bis 30. Sept. 30 | Ab 1. Okt. 30 bis 31. Juli 31 |
| über 20 Jahre | 110 Pf. | 112 Pf. |
| Hilfsarbeiter | 92 " | 94 " |

3. Bei Änderung der historischen Arbeitszeit für Brenner treten die Parteien zur Neuordnung der Brennerlöhne zusammen

4. Die Kapitalanlage beträgt 120 RM für Frau und Kinder unter 14 Jahren.

5. Alle Arbeitsstunden über 8 Stunden täglich werden mit einem Anschlag von 25 Pf. zum Stundenlohn veranlagt.

6. Dieses Abkommen gilt ab 5. Dezember 1929 bis 31. Juli 1931. Es kann zu diesem Termin erstmalig mit monatlicher Frist gekündigt werden.

Köln, den 3. Dezember 1929.

Für die Firmen:
ges.: Cremer, Doms, Kleinsorg.
Für den Verband:
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands,
Abteilung Keramischer Bund. ges.: Hertwig.
NB. Auf die Frage der Gewerkschaftsvertreter, ob höhere Stundenlöhne durch die obige Regelung nicht gefährdet, gaben die

Herren Arbeitgeber die Erklärung ab, daß höhere Stundenlöhne, die jetzt teilweise den Arbeitern und Handwerkern gezahlt nicht gekürzt werden.

Die Kollegenchaft wird aus dieser Bewegung die Lehre ziehen müssen, daß auch in der Hochenergie-Steinzeugindustrie die alten patriarchalischen Verhältnisse, die noch den Geist der alten väterlichen Zeit atmen, mit der Lohnfrage nichts mehr zu tun haben. Auch die sehr fromme Einstellung der Herren Arbeitgeber ändert an dieser Tatsache nichts. Es gilt dafür zu sorgen, daß die Arbeiterchaft sich organisatorisch auf eigene Füße stellt, und ausgerüstet mit dieser Waffe ihren Einfluß besser zum Ausdruck bringt. Die alte gute Zeit ist vorüber, neue Ideen treten in Wirksamkeit; auch bei den Arbeitgebern in Preußen streift man sich immer mehr und mehr das Wort christlich ab und behandelt die Lohnfrage nüchtern und läßt als eine Machtfrage der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

B. Hertwig.

Zieglerkonferenz für Pommern.

Am 20. November 1929 tagte in Stettin, Volkshaus, eine Konferenz der Ziegler Pommerns. Dort wurde Stellung genommen zu den Mantelverträgen und Akkordbestimmungen innerhalb der Zieglerindustrie. Zu Punkt 1 der Tagesordnung führte Kollege Mag. E. L. z. n. e. r vom Keramiischen Bund folgendes aus:

Alljährlich finden Zieglerkonferenzen statt, um die neu auftretenden Fragen, die sich aus den Tarifbestimmungen über Arbeitszeit und Urlaub usw. ergeben, zu besprechen.

Hierbei zeigte es sich, daß seit der Kündigung des Reichstarifvertrages und der Auflösung des Arbeitgeberverbandes große Unterschiede und wesentliche Verschlechterungen in den Bestimmungen der Tarifverträge Maß gegriffen haben. Daß es hierzu kam, lag daran, daß die Entwicklung dem Ideengang unserer Ziegler vorausgeeilt war.

In der Inflationszeit, in der fast täglich verhandelt und ein realer Erfolg infolge der schnell sinkenden Werte nicht erreicht wurde, setzte auch unter den Ziegler eine Organisationsmüdigkeit ein, welche sich durch den Verfall des Reichstarifvertrages rächte. Die Gewerkschaft, die von der Erkenntnis durchdrungen war, Tarife unbedingt zustande zu bringen ging nun daran, Bezirks-, Orts- oder Werkstarife zu schaffen. Die Arbeitgeber, bei denen schon der Rationalisierungsgedanke eingeklebt hatte, verachteten nun alle möglichen Verschlechterungen, hauptsächlich in den Bestimmungen über die Arbeitszeit, herbeizuführen. Die Verhandlungen auf Arbeitnehmerseite wurden sehr oft gezwungen, weil eben örtlich die Voraussetzung für einen Kampf nicht vorhanden war, Verschlechterungen gegenüber dem vormals geltenden Reichstarifvertrag in Kauf zu nehmen, um nur einen Vertrag zu schaffen.

Diese Bestrebungen, Verträge zu bekommen, wurden in den folgenden Jahren fortgesetzt, so daß heute für die übergroße Mehrzahl der deutschen Ziegler Tarifverträge bestehen. Nun zeigt es sich jedoch, daß diese unterschiedlichen Bestimmungen innerhalb der Tarifverträge zu unergieblichen Verhältnissen hauptsächlich unter den Wandergiegler führen. Diese Verhältnisse haben unter den Ziegler eine Bewegung hervorgerufen, die darauf hinausläuft, Verbesserungen und Vereinheitlichung der Verträge herbeizuführen.

Umschwung in Amerika.

Wir haben uns seit langem daran gewöhnt, vom „amerikanischen Wunder“ oder noch treffender vom „amerikanischen Rätsel“ zu sprechen. Mit Recht! Die Störungen des wirtschaftlichen und geistigen Lebens verlaufen hier anders als in Europa. Freilich ist das kein „Wunder“. Ist doch Amerika das einzige Land, das von sich sagen kann, im Kriege wirklich gewonnen zu haben. Die Reichtümer der ganzen Welt sammelt sich dort. So erklärt sich auch die Entfremdung, die sich seit 1919 zwischen der amerikanischen und der europäischen Gewerkschaftsbewegung bemerkbar machte. Riecht auch dort die Verarmung ein? An Anzeichen fehlt es auf dem im Oktober abgetragenen Jahreskongress der amerikanischen Gewerkschaften sicherlich nicht. Freilich wäre es verfrüht, an dem sich dort bemerkbar gemachten geistigen Umschwung zu weitgehende Hoffnungen zu knüpfen. Als allseitiges Phänomen könnte man dieses als eine „vorübergehende Erscheinung“ ansehen, wenn nicht auch andere Erscheinungen auf nachhaltigere Wirkungen schließen ließen. Gewisse Vorformale in den U. S. A. berechtigen zu der Vermutung, daß sich dort Merkmale zeigen, die den europäischen ähneln. Wir denken da an den großen Bankrott, der nicht ohne schwerwiegende Rückwirkungen bleiben kann und die gesellschaftliche Struktur des Landes beeinflussen wird. Berechnet doch Georg Bernard, der bekannte Finanzfachmann und Schriftleiter der „Bostoner Zeitung“, in der Nummer vom 17. November, daß „innerhalb weniger Tage ziffernmäßig die meisten Besitzenden und auch die sehr Reichen, soweit sie nicht direkt an den Spekulationen beteiligt waren, durch den Kurssturz ihrer Wertpapiere um über die Hälfte ärmer geworden sind“, wodurch die Kreditgrundlage des ganzen Landes schmaler wurde und die Gefahr der Einschränkung des Produktionsapparates besteht. Es ist ja äußerst bemerkenswert, daß schließlich auch Amerika gezwungen wird, eine „Bereinigungsstrategie“ durchzuführen.

So zeigen sich auch im Lande der „unbeschränkten Möglichkeiten“ die unerwünschten Geleise kapitalistischer Produktionsweise an, worin die Kräfte eine bedeutsame Rolle spielen. Das ist ja recht interessant. Kam man doch nachgerade auf den Gedanken, in Amerika gäbe es eine Prosperitätsperiode ohne Ende. Und nun auf einmal dieses „Ende mit Schreden“. Es ist im Augenblick natürlich nicht klar, ob wir in Amerika am Anfang einer großen Wirtschaftskrise stehen, da Mr. Hoover (Amerikas neuer Präsident), durch die Katastrophe sehr beunruhigt, weil es seiner Administration schädlich sein könnte, ein Programm veröffentlicht hat, dessen Auswirkungen sich bald bemerkbar machen werden. So schreibt die englische Wochenzeitschrift „Observer“ die am Grund dieses Schrittes einen neuen Umschwung nicht für ausgeschlossen hält.

Im Hoover-Programm merkt man nichts von den bisher bekannten Methoden, merkt man nichts von Forderungen nach Kürzungen. Recht augenfällig zeigt sich Georg Bernard das Programm des Präsidenten. Er schreibt:

Hoover ist ein Mann von entschlossener Haltung, der in den letzten Jahren das Handelsamt verwaltet hat und erst als ein guter Wirtschaftskenner nach als ein Mann mit ebensolchem Temperament wie Wilson. Hoover hat sich deshalb auch nicht ohne Grund, die eine Konferenz einzuberufen, sondern er hat bereits Maßnahmen von Staats wegen getroffen. Die Federal Reserve Bank haben den Versuch gemacht, und die Regierung hat Steuererleichterungen angeordnet. Das geht drüber alles Zug um Zug. Ein zweifelsfreier Vorteil des Systems der direkten Demokratie und der Abgewandtheit des Präsidenten. Cines Tages, das immer anzudeuten ist, wenn ein angelegener Mann an der Spitze steht. Hoover hat aber überdies, wie aus den englischen Periodika hervorgeht, der Wirtschaftswissenschaften bereits durch einen Programmentwurf vorgeschrieben. Dieses Programm trägt deutlich das Bestreben nach einer „Bereinigungsstrategie“ zu veranschaulichen. Das Mittel dazu ist der amerikanische Erkenntnis entsprechend, daß im Mittelpunkt der Wirtschaft der Konsum steht. Man wird zunächst im Rahmen des amerikanischen Budgets öffent-

Die Diskussion, an der sich die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer beteiligte, ergab, daß auch unter den pommerischen Ziegler die Bestrebung besteht, möglichst einheitliche Verträge zu schaffen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung gab der Gauleiter Karow einen Überblick über die pommerischen Verhältnisse und führte weiter aus, daß die Lohn- und Akkordfrage genau so wichtig ist wie die Mantelvertragsfrage. Da die Arbeit auf den Zieglerien überwiegend im Akkord ausgeführt wird, ist der Höhe des Stundenlohns von den Kollegen wenig Beachtung geschenkt worden, so daß für Pommer ein Unterlohn von 28 Pf. besteht. Aber gerade die Höhe des Stundenlohnes bildet ja nach den Bestimmungen des Mantelvertrages die Grundlage für die Höhe des Akkordlohnes. Obwohl in diesem Jahre Lohnerhöhungen bis zu 9 Pf. pro Stunde erreicht wurden, war es nicht immer möglich, den Akkordlohn in derselben prozentualen Höhe festzusetzen. War nun die Erhöhung durch Schiedspruch getätigt, und enthielt derselbe Bestimmungen über den Akkordlohn, dann wurde letzteres vom Schlichter bei der Verbindlichkeitsklärung herausgenommen, weil sich eben die Regelung des Akkordlohnes aus dem Mantelvertrag ergibt.

Aus dieser Tatsache entsteht nun die Frage, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Regelung des Akkordlohnes künftig durch den Lohnrat vorzunehmen.

Kollege E. L. z. n. e. r ergänzte diese Ausführungen und betonte, daß die Lohnfrage in den letzten Jahren ein neues Gesicht bekommen hätte. Durch die Rationalisierung ist eine Leistungssteigerung zu verzeichnen, und nun taucht die Frage auf, ob auch der Lohn im Hinblick auf die Leistungssteigerung ausreicht ist. Diese Festsetzung eines ausreichenden Lohnes wird ja nun von der Gegenseite heftig bekämpft. Dies zeigte sich besonders wieder bei der Beratung über das Arbeitslosenversicherungsgezet. Immer wieder zeigt es sich, daß die Lohnfrage eine reine Machtfrage ist, und es an den Ziegler liegt, durch weiteren Anschluß an den Keramiischen Bund größere Macht zu entfalten.

In der Akkordfrage wird es immerhin zweckmäßig sein, die Bestimmung über den Akkordmindestlohn im Mantelvertrag zu belassen, da die Schwierigkeiten, dieses im Lohnrat festzusetzen, noch viel größer wären. Es entsteht nämlich die Gefahr, daß die Regelung des Akkordes, wenn sie aus dem Mantelvertrag herausgenommen wird, wo sie ja als Kalkulationsgrundlage gilt und im Lohnrat festgelegt ist, zum Maximallohn wird. Es wird aber immerhin zweckmäßig sein, der Akkordfrage eine größere Beachtung zu schenken, da die Tendenz der Akkordarbeit die ist, die Leistung zu steigern. Die Entwicklung der Wirtschaft geht dahin, die Höchstleistung festzustellen, um dann zur Lohnarbeit überzugehen.

Infolge der technischen Ummwälzung innerhalb der Betriebe ist auch ein größerer Unterschied im Akkordverdienst zu verzeichnen, so daß sich aus dem Arbeitsverhältnis heraus eine neue Norm bilden muß, die eine sichere Grundlage zum Aufbau des Akkordverdienstes schafft.

Zum Schluß wies der Gauleiter Karow noch auf den Wert der Statistik hin und forderte die Konferenzteilnehmer auf, mehr als bisher an dem Ausbau derselben mitzuhelfen.

Dann wurde die Konferenz geschlossen, die neue Anregung geschaffen hat.

liche Aufträge vergeben. Man wird die Kommunen anhalten, gerade jetzt wichtige Arbeiten verrichten zu lassen. Und es ist ganz zweifellos, daß die Wirtschaftsführer übereinkommen werden, mit allgemeinen Preisberabstimmungen vorzugehen. Das, was früher vielleicht künstlich und willkürlich war, wird jetzt nach dem großen Krach natürlichen Charakter tragen. Man will ankurbeln, man will Störungen verhüten. Man will durch Aufrechterhaltung der Umsätze die Steigerung der Umsätze verhüten, selbst wenn zunächst dadurch von den Unternehmungen etwas weniger verdient werden wird. Ganz im Gegenteil zu den in Europa immer mehr verbreiteten Wirtschaftsaussparungen, wo die zunehmende Organisation in Kartellform solche energischen Preismaßnahmen verhindert. Bei uns besteht eher die Neigung, dem Geringerwerden des Umsatzes untätig zuzusehen, und hinterher, wenn durch das Schwinden der Umsätze die Umsätze prozentual steigen sind, daß als Entschädigung für neue Preiserhöhungen zu benutzen. Für den Amerikaner ist das wichtigste der Kunde. In Deutschland aber ist wie der Nationalökonom Prof. Bonn es einmal sehr richtig ausgebrütet hat, für einige Kartellbestimmungen allmählich die „kundenfreie Wirtschaft“ zum Ideal geworden.

Ob es freilich gelingen wird, die im Anzuge sich befindende Krise im Keime zu ertücken, bleibt abzuwarten. Aber für uns Deutsche haben diese Vorformale außerordentliche Bedeutung, beweisen sie doch, daß selbst in dem Lande, wo es bis jetzt keine Arbeiterbewegung von Einfluß gab und wo das „freie Spiel der Kräfte“ ohne „Einschränkung“ herrschte, man schließlich zum Mittel der „Planwirtschaft“ greift. Man ist gezwungen, der zügellosen kapitalistischen Produktion in die Fänge zu fahren. Es zeigt sich hier, daß ein staatlicher Eingriff in das Gebiete der Wirtschaft notwendig ist, unter Umständen sogar nutzbringend sein kann. Und hier kommen wir an den Punkt, der berufen ist, dem auf dem Gewerkschaftskongress sich bemerkbar gemachten geistigen Umschwung Ziel und Richtung zu geben. Freilich sprach man über diese Dinge auf dem Kongress nicht, war auch gar nicht möglich, da die Bankkatastrophe erst nach Beendigung desselben ausbrach.

Die sich am wirtschaftlichen Horizont der U. S. A. abspielenden Dinge werden in ihrer Auswirkung auch die Arbeiterklasse nicht unbeeinträchtigt lassen. Sogar mehrere sich die Stimmen, die von einer „Bereinigungsstrategie“ sprechen. Und beim Fehlen einer staatlichen Arbeitslosenversicherung wirkt sich das in einem Maße aus, als das in Deutschland der Fall ist. Freilich ist sich der letzte Kongress nur für Einführung einer Arbeitslosenversicherung aus; das Problem der Arbeitslosenversicherung blieb unberührt. Aber das, worauf es ankommt, ist: Die Gegenseite gegen das staatliche soziale Versicherungsprogramm wurde fallen gelassen. Wohl verstanden, das staatliche Versicherungsprogramm. Ein auf Organisationsfähigkeit basierendes Versicherungsprogramm hat es in Amerika immer gegeben, und Betriebskassen gibt es schon lange. Es ist überhaupt sinnlos, wenn deutsche Unternehmer auf das „amerikanische Beispiel“ verweisen, wo vom Unternehmerstandpunkt aus betrachtet gerade in staatlichen Dingen „Freiheit“ herrscht. Ein staatliches Gefüge im europäischen Sinne gibt es in Amerika nicht. Die amerikanischen Einwohner sind eigentlich ein Gewürzel verschiedener Staaten. Vielmehr hat sich deshalb auch die in Europa längst vergessene Theorie von der „Nichtteilnahme“ des Staates in wirtschaftlichen Dingen erhalten. Wie aber, wenn die beispiellose Prosperitätsperiode einen Stillstand oder auch nur eine Stodung ertönen sollte? Wenn die von Präsident Hoover mit Hilfe der Gregorjankisten in Szene gesetzte „Stabilisierungsaktion“ sich als zu schwach erweist, um die Lawine einer Wirtschaftskrise zurückzuhalten. Es fehlt in Europa nicht an Stimmen, die an der Laissez-faire Politik zweifeln. Wie dem auch sei, in dieser Hinsicht kann schließlich auch in Amerika die im Auge gewesene „Bereinigungsstrategie“ einen Umschwung von einem Ausmaße erzeugen, dessen Tragweite man sich zur Zeit noch gar nicht berechnen kann.

H. Weingaert.

Gau 15, Arbeiterinnen-Konferenz.

Am 24. November 1929 tagte im Gewerkschaftshaus in Hamburg eine Arbeiterinnenkonferenz. Von den 31 im Gau vorhandenen Zahlstellen waren 10 vertreten. Anwesend waren 52 Delegierten, 5 Betriebsräte, 7 Angestellte von den Zahlstellen, Kollegin Zammert, Hannover, und Kollege Hilsmann, Hamburg, insgesamt 66 Personen. Alle Mandate wurden für gültig erklärt.

Um 11 Uhr eröffnete Kollege Hilsmann, Hamburg, die erste Frauenkonferenz.

Kollege Hilsmann referierte dann über die Struktur unseres Agitationsgebietes in unserem Gau. Stark vertreten ist die Landwirtschaft, die zur Folge hatte die Errichtung von Düngerefabriken, Möllereien, Margarinefabriken, Konfektfabriken und den Gemüsebau. Die Lager-Schleswig-Holsteins, zwischen Nord- und Ostsee, erklärt das Vorhandensein der Fischindustrie. Die Bodenschätze, wie Lehm, Ton und Kreide, liefern den Rohstoff für die Zieglerien, Kalksandsteinwerke, Wandplattenfabriken und Keramik. In den Hafenstädten Hamburg, Bremen und Lübeck sind die Werftindustrie sowie Handelsbetriebe stark vertreten. Neben anderen Betriebsarten ist auch die Textilindustrie vertreten. Die gesamte Einwohnerzahl des Gaus beträgt 3 683 877, die Zahl der Gewerbebetriebe 230 589. Die Zahl der Beschäftigten stellt sich insgesamt auf 1 168 775, davon sind 275 813 weibliche Personen im Produktionsprozess tätig.

Eingehend besprach dann Kollege Hilsmann die Lohn- und Tarifverhältnisse der Arbeiterchaft der einzelnen Industriegruppen und stellte fest, daß die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich in den Betrieben geregelt sind, in denen das Organisationsverhältnis als ein gutes bezeichnet werden kann. Die Organisierung der Arbeiterinnen wird durch verschiedene Umstände, wie Doppelverdienst, dadurch, daß die Ledigen bei ihren Eltern wohnen, durch Ungleichgültigkeit, Mangel an Solidaritätsgefühl und durch das Fehlen bürgerlicher Zeitungen sehr erschwert. Diesen Nebelständen kann nur durch rege Agitation begegnet werden.

Wünschenswert ist ferner eine bessere Beteiligung unserer weiblichen Mitglieder an der Verbandsschule in Wemmel.

Nach der Mittagspause sprach Kollegin Zammert über die Stellung der Arbeiterin in Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Sie begrüßte die Anwesenheit im Namen des Vorstandes. In zehn Gauen haben bisher solche Konferenzen stattgefunden. Der Vorstand hat an der Schulung der Kolleginnen großes Interesse.

Kollegin behandelte eingehend die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Während die Frauen in der vorkapitalistischen Zeit im Haushalt alle möglichen Bedarfsartikel selbst herstellten, änderte sich mit der industriellen Entwicklung, die zuerst in England einsetzte, auch das Beschäftigungsfeld der Frau. Durch die Dampfmaschine wurde die Möglichkeit geschaffen, Frauen und Kinder bei langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen in den verschiedensten Berufszweigen zu beschäftigen, so gar in Bergwerken unter Tage. Ungeheure Kindersterblichkeit, Vereindung der Arbeiterchaft und Verfall der Familien waren die Wirkungen dieser frühkapitalistischen Zustände.

Vor circa 100 Jahren setzte auch in Deutschland die industrielle Entwicklung ein, mit den gleichen Erscheinungen. Von circa 11½ Millionen in Deutschland beschäftigten Frauen sind gut 3 Millionen verheiratet. Deshalb fordern wir die Errichtung von Kinderheimen und Bewahranstalten.

Weiter ist es bisher noch nicht möglich gewesen, den Grundlohn durchzuführen: „für gleiche Arbeit gleichen Lohn“. Diese Ungerechtigkeit tritt bei der Lohnarbeit, aber noch deutlicher bei der Akkordarbeit in Erscheinung. Die Gewerkschaften sind von jeher bemüht gewesen, Schutzbestimmungen für die Arbeiterchaft, insbesondere für die Frauen, durch die Gleichgültigkeit zu schaffen. Wenn die Interessen der Arbeiterinnen mehr als bisher vertreten werden sollen, ist ihre aktive Mitarbeit als Vertretungsperson in den Betrieben, als Betriebsrätin und auch auf den Arbeitsämtern sowie sonstigen Körperchaften erforderlich. Mit einer Mahnung, in diesem Sinne tätig zu sein, schloß die Kollegin Zammert ihre Ausführungen.

An der Aussprache beteiligten sich die Kolleginnen W. o. h. e., Schnellrath und Thiemann (Hamburg), jerner die Kolleginnen D. a. b. e. l., (Lübeck), P. u. h. t., (Lübeck), W. i. t. t. i. g., (Bremen), E. n. g. e. l. s., (Schlutup) und Kollege W. o. b., (Hamburg).

Besonders betont wurde die Notwendigkeit der Schulung der Kolleginnen und die stärkere Heranziehung zur Mitarbeit. Die Bildungsarbeit sei mehr als bisher durch Wochenendkurse zu fördern, damit auch die Arbeiterinnen das geistige Nützige für die Gewerkschaftsarbeit sich aneignen können. In der Lohnfrage wird angeregt, die Spanne zwischen den einzelnen Lohngruppen zu verringern und den Lohnanteil der Arbeiterinnen zu steigern. Von einigen Rednerinnen wird übermäßige Steigerung der Arbeitsleistung durch die Akkordarbeit als lohndrückend geschildert.

In ihrem Schlußwort ging die Kollegin Zammert auf die in der Aussprache gemachten Anregungen ein. Soweit es praktisch möglich ist, soll versucht werden, diese in die Tat umzusetzen.

Ueber den Verlauf der Konferenz kann zusammenfassend gesagt werden, daß alle Teilnehmer befriedigt waren.

Lübeck.

Am 30. November fand in Lübeck eine Feierlichkeit zu Ehren von 86 Mitgliedern, die 25 Jahre dem Verbands angehören, statt. Der Saal des Gewerkschaftshauses war dicht besetzt, die Kapelle des Reichsbanners und der Chorverein der Lübecker Arbeiterjünger umrahmten die Feier. Kollege Thiemig-Gannover hielt die Festansprache. Ausgehend von der Verbandsgründung, behandelte er Zweck und Ziel des Fabrikarbeiterverbandes, zeigte die unerwünschte Arbeit aller Funktionäre in allen Sparten der Arbeiterbewegung. Wenn auch der Verband nur eine scheinbare Ehrenurkunde den Jubilaren überreichte, so ist sich der Verband darin einig, daß dieser Akt eine Ehrenplakette in der Wohnung werden wird. Vor 25 Jahren hatte man nicht sofort die Erfolge der Bewegung vor Augen, viel Not und Drangsalierung mußten in Kauf genommen werden. Weib und Kind mußten oft genug mit darunter leiden, wenn sich der Ernährer dem Verbands angeschlossen hatte. Besondere Worte fand Redner für die Frauen, befand sich ja auch 3 Kolleginnen mit unter den Jubilaren. Mit dem Gelobnis, nicht nur im Fabrikarbeiterverband, sondern immer und überall für die Befreiung der Arbeiter zu kämpfen, mit Dankesworten an alle Jubilare und Funktionäre und einem Hoch auf die Arbeiterbewegung, die Jubilare und den Fabrikarbeiterverband schloß Kollege Thiemig seine mit großem Beifall aufgenommene Ansprache. Noch einmal kamen die immer bereiten Sänger zu Wort, diesen folgte die Musikkapelle. Ein anschließender Festball bereinigte alles bis um 2 Uhr. Alles in allem ein schönes Fest, allen, die es verschönern halfen, sei hiermit gedankt.

Worms-Bürstadt.

Durch einstimmigen Beschluß der Ortsverbände von Bürstadt und Worms wird die Zahlstelle Bürstadt am 1. Januar 1930 mit der Bezirkszahlstelle Worms vereinigt. Damit geht ein jahrelanger Wunsch der Zahlstelle Worms in Erfüllung, da diese Bestrebungen schon gleich nach Kriegsende vorhanden waren. Behindert wurde stets die Verschmelzung dadurch, daß der größte Teil der Bürstädter Arbeiterchaft im

Mannheimer Wirtschaftsgebiet arbeitet, und daher die Orientierung mehr nach dort hin erfolgte als wie nach dem örtlich näheren Worms. Allmählich feste sich jedoch auch bei unseren Kollegen von Birstadt die Erkenntnis durch, daß in der Zeit der technischen Umwälzung und Rationalisierung eine Zusammenfassung der Kräfte der organisierten Arbeiterkraft eine unbedingte Notwendigkeit ist. Unter Mitwirkung der Gauleitung wurden dann in zwei Sitzungen der beiden Ortsverbände alle Schmierigkeiten besprochen und nach Klärung bestehender Zweifelsfragen der obenbenannte Beschluß gefaßt. Einigkeit bestand darüber, daß die Verschmelzung im Gesamtinteresse sowohl der Organisation wie auch des einzelnen Mitgliedes liegt. Das Eigenleben sowie die tätige Mitarbeit der Kollegen von Birstadt bleibt wie bisher gewahrt, indem der zu wählenden Gliederverwaltung von Birstadt weitgehendster Spielraum an der Mitbestimmung und Beratung der Verwaltungsgeschäfte in Birstadt gesichert ist. Darüber hinaus wählt die leitende Geschäftsstelle Birstadt zwei Kollegen in den Vorstand der Bezirkszahlstelle Worms. An dieser Stelle sei allen Funktionären der Geschäftsstelle Birstadt für ihre bisherige ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste der Organisation der Dank ausgesprochen, und es ist zu wünschen, daß die Funktionäre wie bisher ihre bewährte Kraft weiterhin der Organisation zur Verfügung stellen. Zudem wir der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Verschmelzung ein weiterer Markstein in der Geschichte der Entwicklung der Organisation in unserem Wirtschaftsgebiet bedeutet, begrüßen wir die seitberigen Mitglieder der Geschäftsstelle Birstadt in der Bezirkszahlstelle Worms. U. Vehr.

Resolutionen als Heilmittel.

Der kommunistische Oppositionskongreß gegen die Gewerkschaften am 1. Dezember ging aus wie jede beratige kommunistische Veranstaltung — Resolutionen wurden angenommen.

In der Hauptresolution wurde die Stellung zum Kampf gegen den Young-Plan und für die Diktatur des Proletariats festgelegt, die neue Rationalisierungswelle und die Vereinfachung der Massen analysiert, der Sozialfaschismus und Faschismus behandelt und der Kampf der Arbeitermassen vorgezeichnet, sowie Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition aufgestellt.

Weiter wurden behandelt in der Resolution die Organisation der revolutionären Gewerkschaftsopposition zur Führung von Massenkämpfen, die Rolle der Gewerkschafts-Internationalen und Komintern, die Mängel und Schwächen unserer Arbeit, der Kampf gegen Renegatentum und Zerkleinerung, die Aufgaben der Ausgeschlossenen und die nächsten Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Die Hauptresolution ist fünf Zeitungsseiten lang, und in der Länge scheint auch ihr Mannwert zu liegen. Der Erfolg der kommunistischen Anweisungen wird sein, wenn sie befolgt werden, weitere wirtschaftliche und politische Zerkleinerung der Arbeiter und Arbeiterinnen untereinander, Dintreiben der schwankenden Elemente zu den gelben Betriebsorganisationen und Faschisten, zum Sekterertum, Zertrümmerung der wirtschaftlichen Großmacht der freien Gewerkschaften, gegenüber einem politisch getrennt marschierenden, aber wirtschaftlich einheitlich handelnden Unternehmertum. Niemals wird auf diese Weise eine revolutionäre einheitliche Kampffront der proletarischen Massen zustandekommen, deshalb ist es um jedes für diesen Zweck aufgebrauchte Opfer schade. Wir schämen die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder für so klug ein, daß sie den neuen Baveln ihrer Parteileute nicht folgen, sondern den Gewerkschaften treu bleiben und im Sinne der Gewerkschaften und ihrer Satzungen vernünftige Wirtschaftspolitik treiben. Jeder in den Gewerkschaften groß gewordene Arbeiter und jede Arbeiterin muß wissen, daß mit politischen Phrasen und Mitteln Wirtschaftskämpfe nicht mit Erfolg geführt werden können, deshalb lasse sich niemand verleiten, der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu folgen; denn mit der Ausführung der gegebenen Anweisungen fügt sich die Arbeiterkraft nur ungeheuren Schäden zu und stärkt das Unternehmertum.

Wer das nicht will, unterstütze die freien Gewerkschaften, das noch vorhandene stärkste Volkwerk der deutschen Arbeiterkraft. Die freien Gewerkschaften in Deutschland sind noch der sicherste Schutz der deutschen Arbeiterschaft. Wer diese gegenwärtig während der großen Offenheit des Unternehmertums und auch sonst schwächt, versündigt sich schwer am Proletariat.

Verbesserung der Leistungen in der Invalidenversicherung.

Am 1. Oktober 1929 ist das Gesetz über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929 in Kraft getreten, das Verbesserungen für die Invalidenrentner mit sich bringt. Für jede Woche, die schon vor dem 1. Oktober 1929 festgestellt ist und an diesem Tage noch läuft, und die einen Steigerungsbetrag für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober 1921 enthält, wird der Gesamtsteigerungsbetrag für diese Zeiten um 15 Proz. erhöht. Mindestens müssen aber 12 RM für Rentenrentner aber mindestens 6 RM für das Jahr mehr gewährt werden. Die neuen Zuschläge werden von den Landesversicherungsanstalten selbstständig berechnet und den Invalidenrentnern mitgeteilt. Die Arbeiten dafür werden sich wohl einige Zeiten hinziehen. Invalidenrentner, die Anspruch auf die erhöhten Leistungen zu haben glauben, aber keinen Bescheid darüber erhalten, wenden sich am besten an das nächste Arbeitersekretariat oder an die Ortsverwaltung ihrer Gewerkschaft.

Literarisches.

Ein gutes Buch ist wie das Turmlicht einer fremden Stadt, das einsam brennt und sein Gelächern hat.
Ein gutes Buch zu lesen,
ist Segelfahrt mit tausend Winden. René Prévot.

„Die Frau in der Kirche von heute.“ Von Cläre Meyer-Lugau. Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gnelsegastraße 41. 47 Seiten Umfang. Preis 40 Pf.

Die Verfasserin wendet sich in dieser kleinen, klaren Schrift an ihre proletarischen Schwestern. Sie kennt deren Nöte und Leiden, die aus Unwissenheit und sozialer Gebundenheit geboren sind. An Hand modernsten Materials wird aufgezeigt, wie die Kirche, eine staatliche konservative Einrichtung, dazu dient, den Aufstieg der proletarischen Klasse zu hindern. Alle, die gewillt sind, mitzuarbeiten am sozialen und kulturellen Aufstieg des Proletariats, alle, die ihren Kindern durch Wissen zur Macht verhelfen wollen, alle, die wünschen, daß wir aus diesen sozialen Zuständen von heute zu heiterer Zukunft und besserem Menschentum gelangen, müssen diese Broschüre, die außerdem wertvolles Material über modernes Kirchenrecht, Ehrerecht, religiöse Urteile und vieles andere auf dem Gebiete neuester wissenschaftlicher Forschung enthält, lesen und verbreiten.

„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesuntheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 157.

Fachblatt der Maler, Monatsschrift für handwerkliche Wertarbeit in Farbe, Form und Raum. Verlag: Fachblatt der Maler, G. m. b. H., Geschäftsstelle in Hamburg, Alster-Terrasse 10.

Im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, erscheinen: „Der Wahro Jacob“, illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor, Unterhaltung. Vierteljährlich. Preis 40 Pf.

„Frauenwelt“, vierteljährlich, an jedem zweiten Sonntagabend, in zwei Ausgaben. Ausgabe A (ohne Schnittmusterbogen) zum Preise von 40 Pf. Ausgabe B (mit vollständigem Schnittmusterbogen) zum Preise von 50 Pf.

Illustrierte Republikanische Zeitung, wöchentlich. Preis 20 Pf. pro Nummer. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen.

Der „Kuckuck“ zählt zu den wertvollsten Zeitschriften. Trotz seiner Reichhaltigkeit kostet er bloß 30 Groschen (20 Pfennig, 30 Rappen o. K. 100); er ist in jeder Parteibuchhandlung, in jedem größeren Zeitungsversteher oder direkt durch die Verwaltung, Wien V, Rechte Wienzeile 95, zu bestellen.

„Im Strom der Zeit.“ Im Jahre 1906 erschien die erste Ausgabe des Gedichtbandes „Im Strom der Zeit“ von Ernst Preczang. Innerhalb kurzer Zeit wurden zwei weitere Auflagen dieses Buches notwendig. 1920 erschien die vierte Auflage des Buches, das allein mit dieser schnellen Folge der Auflagen bewiesen hat, daß es seinen Titel zu Recht trägt, und daß diese Gedichte von Ernst Preczang aus der Zeit und für die Zeit geschrieben waren. Inzwischen haben sich formale Umwälzungen in der Literatur vollzogen. Sie sind stürmisch heranzugehen und ebenso schnell wieder verebbt. Die großen Ideale und Symbole der proletarischen Bewegung haben die Jahrzehnte überdauert, und die literarischen Ereignisse der letzten Monate haben es bewiesen, daß auch die ungeschickteste Einfachheit eines Ernst Preczang nicht von Modellan und ekstatischem Geschrei verdrängt werden kann. Immer wird es eine Literatur geben, die nicht an den Tag und an den Zufall schneller Geschmackveränderungen gebunden ist. Immer wird es eine Literatur geben, die über ihre historische Bedeutung hinaus Geltung behält als Trägerin ewiger Ideen. Ernst Preczangs Gedichte gehören dazu. Alle Freunde einer ungeschickten und proletarischen Lyrik werden es begrüßen, daß jetzt, zugleich aus Anlaß des 60. Geburtstages von Ernst Preczang am 16. Januar nächsten Jahres, der Gedichtband „Im Strom der Zeit“ in neuer Bearbeitung und schöner Ausstattung, außerdem ergänzt und auf einen Umfang von 14 Bogen erweitert, im Buchmeister-Verlag G. m. b. H., Berlin, neu erscheint. In Leinen gebunden 4,80 RM. Das Werk ist in sechs Abschnitte eingeteilt: „Last und Wehr“, soziale und Kampfgedichte, „Brennende Welt“, Gedichte aus der Kriegszeit, „Aus Natur und Wanderschaft“, hauptsächlich Gedichte aus der Zeit der Wälze, „Lieder vom Meer“ und „Ausklang“. Jeder Abschnitt ist mit einem Holzschnitt von Frans Masereel „eschmückt.

„Das Mondtal.“ Ein neuer Roman von Jack London. Volksausgabe Büchergilde Gutenberg, Berlin. Nach einigen Bänden Erzählungen überraschen die Herausgeber der Gesamtausgabe der Jack-London-Bücher jetzt mit einem neuen Roman dieses unerhört produktiven und phantasiebegabten Schriftstellers. Der Roman „Das Mondtal“ umfaßt zwei stattliche Bände. Im Mittelpunkt des Geschehens stehen zwei junge Menschen, eine Plätlerin und ein junger Arbeiter, der eine Zeitlang Boxer war, dann aber aus Ekel vor der Sensationsmacherei, diesen Sport verläßt, unsattelt und Kutscher wurde. Die beiden lernen sich auf einem Tanzvergnügen kennen, finden sich glänzend zusammen und werden bald Mann und Frau. „Pflitterwochen kennt die arbeitende Klasse nicht“, beide müssen sich ihren Weg durch das harte Dasein bahnen, aber ihre Liebe bleibt ewig jung. Die wirtschaftlichen Sorgen nehmen zu, aus ein heftiger Streik gegen den fortwährenden Lohnabbau Stellung nimmt. Es kommt zu blutigen Zusammenstößen, und der junge Hemann wird von den Machthabern auf einen Monat ins Gefängnis gesperrt. Das Klassenbewußtsein in den beiden jungen Menschen ist schwächer als ihre von ihren Eltern vererbte Sehnsucht nach dem Lande. Und so ziehen sie eines Tages aus San Francisco fort, zu Fuß wie ihre Vorfahren, im Herzen eine unklare Verheißung, das Tal zu finden, in dem sie die Erfüllung ihrer Wünsche ernten wollen. Dieses Tal scheint es

Vorweihnachtsforge.

Von B. Rich.

Die beiden Häuschen der Ziegler Rainer und Wörner grenzten aneinander. Auch sonst verband manches Gleiche die beiden Familien und dennoch konnte keine herzlich-innige Freundschaft diese Menschen verbinden.

Wenn kaum die schlimmsten Wintertage vorbei sind, dann rüsten die beiden Ziegler zur Fahrt nach Arbeit.

Auch dieses Jahr gingen sie denselben Weg. Gleiche Sorge verband sie, der gleiche herbe Abschiedschmerz.

Lange gingen sie dahin, bis endlich Wörner das Schweigen brach.

„Nicht wahr, Rainer, dieses Jahr wirst du der Organisation beitreten. Es geht so nicht weiter. Du siehst ja selbst, wie wenig dem Ziegler bleibt für seine Arbeit, und wie notwendig es hier ist, Verbesserungen zu schaffen. Wir müssen an die zu Hause denken. Auch du wirst mithelfen; denn nur wenn auch der letzte Mann an seinem Plaz steht, wird etwas Positives sich gestalten lassen.“

„Schon wieder dein Verband. Zu was denn? Ich spare mir das Geld, das du jede Woche hinauswirfst, und was eine Bessergestaltung anbetrifft, will ich dir nur sagen, daß ich mich nicht schlechter stelle als du. Ich erhalte denselben Lohn wie du und die sonstigen Arbeitsbedingungen gelten dir wie mir. Wir haben doch einen Tarifvertrag.“

„Ja, einen Tarifvertrag — abgeschlossen von den Gewerkschaften und ganz und gar gegen den Willen der Unternehmer. — Oder glaubst du, daß uns dieser ein Angebot machen würde, das für uns eine Erleichterung wäre? Nach' doch die Augen auf und geh wachend durch die Welt, und du wirst bald wahrnehmen, welchen Kampf die Gewerkschaften gegen das profitgierige Unternehmertum zu führen haben. Vermessen ist es von dir, etwas hinzunehmen als selbstverständlich, und dich noch damit zu brüsten, was du nicht verdienst hast, wofür du kein Opfer gebracht.“

„Na, jetzt hör' auf, wir kommen doch zu keinem Ziel. Ich behalte mein Geld und spare es für den Winter. Du bejaßt deinen Beitrag und bist dafür Kollege, und — — na, wir reden lieber nicht mehr.“

Der Sommer war hingegangen und auch der Herbst gab zu verstehen, daß die Zeit der Trennung für die Ziegler zu Ende ist. Wieder wie im Frühjahr schritten sie gemeinsam diesen Weg. Welch hartes Los — das Zieglerlos. Einen Sommer durchgeschuftet, keine Ruhe und Raht gekannt; mit dem bescheidensten Mahle sich stets zufrieden gegeben und jetzt? —

Arbeitslos! Ob das Ersparte reichen wird, bis sie wieder Arbeit haben? Nein — das Leben ist zu teuer.

Im Garten des Zieglers Rainer spielen seine Kinder. Sie frösteln, denn obwohl etwas die Sonne scheint, ist es doch recht kalt. Frau Wörner ladet sie ein, in ihre Stube zu kommen und mit ihren Kindern zu spielen. Freudig wird dies angenommen. Jetzt begann ein fröhliches Geplauder. Alles mögliche und unmögliche wurde erzählt, und es war interessant dem Geplauder der Kinder zuzuhören.

„Walz ist Weihnachten! — Dann wird es aber schön! Einen Weihnachtsbaum bekommen wir, nicht wahr, Mutter, und ich eine Puppe.“

„Ja, und ich ein Schaukelpferd.“ — „Und ich eine Eisenbahn, die auf Schienen läuft.“ — „und ich einen Pullover mit einem warmen Schal und Mütze“ — so klang es durcheinander.

„Wir bekommen nichts! Vater sagte, er hätte dieses Jahr so wenig verdient und jetzt bekomme er kaum eine Unterstützung. Es würde nicht reichen.“

„Aber bei uns reicht es?“, fragte siegesgewiß der zweitälteste von Wörners.

Frau Wörner hörte den Kleinen zu. Eine Träne hatte sich in ihre Augen geschlichen. Hilfesuchend wartete sie zu ihrem Mann hinüber, der die Zeitung las. Auch er war aufmerksam geworden auf die Kinder. Wohlwollend nickte er ihnen zu, doch Frau Wörner schien damit nicht zufrieden.

„Vater, versprich nichts!“ — Das war die stumme Bitte, die er in ihren Augen las.

Als die Kinder abends zu Bett gebracht waren, setzte sich Frau Wörner zu ihrem Manne. Er merkte wohl, sie hatte wieder etwas, das sie quälte.

„— und — — was hast du denn?“ —

„Weihnachten naht — die Kinder träumen von einer Festfreude — und du hast ihr Köpfer noch genährt, indem du ihnen zumidest. — Wie willst du dies gutmachen? — Wir haben ja kaum genug zu leben. Oh, diese Kinderchen — könnten wir sie doch beglücken, was würde ich darum geben; nichts Schöneres könnte ich mir denken!“

Da freudelte er sagte über das Blondhaar seiner jungen tapferen Frau und schaute ihr in die alten Augen, die ihm schon so oft gelehrt, wenn Leid und Kummer ihn quälte.

„Du sollst deine Weihnachtsfreude haben und auch die Kinderlein.“

„Sieh, ich habe immer den höchsten Wochenbeitrag in unserem Verbands bezaht. Jetzt erhalte ich auch die höchste Unterstützung. Für einen Teil dieses Geldes sollt ihr eine besondere Freude haben.“

„Soviel bekommst du von deinem Verbands?“ „Ja“, und so oft hast du geschimpft über das Geld, das ich als Beitrag ausgab.“

nur auf dem Mond zu gehen. Aber nach langer abenteuerlicher und romantischer Wanderung finden sie ihr Mondtal und erheben sich ihr Glück. — Bei einem anderen Schriftsteller als Jack London wäre diese Romanhandlung mit Entzweiung geworden. Der große Amerikaner aber bringt in diesen doppelhändigen Roman so viel Jugend, so viel Naturbegeisterung und männliche Kraft hinein, gibt diesen beiden jungen Menschen so viele Züge aus seinem eigenen Leben, daß das Interesse an diesem Roman wach bleibt bis zum guten und beglückenden Ende.

Wer den Aufenthalt meines Sohnes Helmuth Richter, Ausbläuer, weiß, wolle seine Adresse an Max Richter, Feib. K. L., Am Bahnhofs 5, melden.

Arbeitsmarkt.

Wir suchen für unsere Stanzerei einen tüchtigen, jüngeren Einpanner, mit genügender Erfahrungen. Ergelt, G. m. b. H., G. o. H., Kelleber Str. 71. (173)

Ich suche sofort Arbeit als Glasmacher auf Maschinen in Holz und Holzplatten. Ansuchen unter „F. 112“ an die Redaktion des „Keramischen Bundes“ erbeten.

Eine tüchtige Werkstelle auf Medizin- und Masonglas sucht sofort Stellung. Angebote sind an Christian Müller, Zahlstelle Lettau in Dberbranten, zu richten.

Bediger Glasmacher, verleiht im Diamantenziehen, sucht für sofort Arbeit, eventuell als Stuger. Angebote an Kurt Thoma, a. S., U. b. m. a. n. s. d. o. r. f., D. L.

Schmelzer, für Brev-, Kohl-, Blei- und Spalglass, sucht Stellung. Angebote an die Zahlstelle Kadeberg, Birnaer Straße 51, Hinerbau.

Junger Auf- und Unterglasurmaler, I. Fond- und Schablonenspritzer, Schablonenschneider, sucht Stellung. Derselbe ist in der Lage, junge Kräfte anzulernen und Vorteile in der Sprigerei einzuführen. Da verheiratet, wird Wohnung gewünscht. 28 Jahre alt. Angebote an die Redaktion des „Keramischen Bundes“ unter „F. 113“ erwünscht.

„Verzeih, man lern nicht aus. Jetzt erst, in der Sorge, wie kann ich meinen Kindern eine Freude machen, woher bekomme ich Geld, wird mir klar, welche segensreiche Einrichtung diese Unterstützung des Verbandes ist. Nie hab ich darüber nachgedacht; aber auch du trägst Schuld daran, daß ich so teilnahmslos gewesen. Warum hast du mich nie über die Größe und Leistung des Verbandes belehrt?“ — —

„Entschuldige! — — Von jetzt an sollst du auch hierin mein treuer Kamerad sein — —“

Er wußte nur zu gut, daß er von neuem die Liebe seiner Frau gewonnen.

Abend für Abend sitzen die beiden lieben Menschen zusammen. Ein stilles Glück verbindet sie.

„Nicht wahr, Mann, am Weihnachtsabend sagen wir es unseren Kindern, wie es möglich war; ihnen eine Weihnachtsfreude zu machen. Sie sollen erfahren, wie der Verband für den Arbeitslosen, der seine Pflicht getan, sorgt. Du lernst sie diesen Zusammenhluß schon früh kennen, damit ich sie, zu Männern ermahnen, dort wiederzufinde, wo jeder Arbeiter hingehört, der etwas Stolz auf sich und seine Familie hat.“ — —

Einer freudigen Weihnacht sehen die Kinder des Nachbars entgegen. Keinen Wunsch dürfen sie aussprechen, wollen sie nicht dem Jörn des Vaters bezeugen. „Ja, das Geld, das er an Stelle eines Verbandsbeitrages wegtun wollte, ist alle.“ Nichts hat er als das Zischen und einen noch tieferen Groll im Herzen.

Das Kind.

Das Leben der Kinder ist heute oft so hart, ohne Schönheit. In das Weiche des kindlichen Gemütes prägt sich die Not. Das kindliche Verlangen nach Wärme und Liebe findet wenig Befriedigung. Das Bedürfnis des Kindes nach behaglichem Reifen hat in dem Haften unterer Tage keine Stätte.

Entwurzelt ist heute das Kind. Es lebt in einer Welt, die dem kindlichen Wesen zuwider. Wir wollen uns nicht täuschen lassen, wenn wir die Kinder da auf Hof und Straße anscheinend munter sehen. Das Spielen auf staubigen Höfen ist nur Ersatz für frohes Spiel. Das Lachen unseres Kindes ist nur zu oft Erjag für echtes, reines, jorgenreines Lachen, wie es nur in einer schönen und frohen und lachenden Umwelt möglich ist.

Unser Leben mit seinen Sorgen und seiner Entbehrung des vollen Schönen mißbilligt zu Ernst, zu dem jaltischen Ernst, der nicht Feier ist, sondern Traurigkeit.

Das Kind soll bleiben, wie es in seinem eigentlichen Wesen ist! So rein und so froh. So liebend und so vertrauensvoll. So voll Glauben an das Schöne und Gute.

Wie wäre die Welt, wenn diese wunderbaren Kindeswerte nicht heute verkümmerten! Ein Kind immer der Mensch. Innerlich groß und tief. Aber da lenkt sich der Tauft des Alltags auf diese Menschenblüte.

Lacht Frühling und Sonne werden, daß das Kind zu dem schönen Menschen hinaufblühen kann, dessen Wesen es trägt in seiner kindlichen Seele! Dr. Gustav Hofmann.

Frauenarbeit und Nachkommenschaft.

Die Frauenarbeit wirkt, oft überaus stark, auf die Gebärfähigkeit der Frau ein. Eine russische Arbeit stellt auf Grund von Untersuchungen die Frauenberufe nach dem Grade der Schädlichkeit für die Entwicklung der Frucht in folgender Reihenfolge fest: Spinnerinnen, Häberinnen, Weberinnen, ungelernete Arbeiterinnen und Bäuerinnen. Insofern werden die russischen Feststellungen auch auf Deutschland zutreffen, als dort die Gebärperiode um so früher ihren Abschluß findet, je schädlicher der Beruf ist. So ist der Prozentsatz der noch mit vierzig Jahren Gebärfähigen in der am wenigsten gefährdeten Gruppe nur ungefähr ein Drittel des Prozentjahres der Gebärfähigen, den die am meisten gefährdete Berufsgruppe mit 40 Jahren noch aufweist.

Die Kraft der Frau.

Die Kräfte, die die Arbeit von uns verlangt, sind je nach dem Berufe verschieden. Sie sind aber auch unter den verschiedenen Geschlechtern verschieden, und doch wird im modernen Arbeitsleben von Frauen die gleiche Arbeitskraft wie von Männern verlangt.

In der Kraftleistung stehen die Frauen aber, so schreibt Prof. Rubner in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“, in allen Zeitperioden hinter den Männern zurück. Das gilt schon für die Jugend. Bis zum 12. Lebensjahre hat das Mädchen nur acht Zehntel der Kraft der Arbeiter. Im 15. Lebensjahre sind Knaben und Mädchen im Gewicht etwa gleich, aber ihre Muskulatur ist dennoch nicht gleich stark, denn die Leberkraft der Mädchen macht nur 0,67 von der Kraft der Knaben. Mann und Frau unterscheiden sich bei gleichem Körpergewicht und bei wägiger Arbeit nicht in ihrem Stoffwechsel und in ihrem Nahrungsverbrauch. Grundverschieden sind aber, so sagt Rubner, die Fähigkeiten zu größerer Kraftleistung. Auch wenn wir Mann und Frau in ihren besten Leistungen vergleichen, sind die Werte für die Frau nur 0,67 von jenen des Mannes.

Dennoch wird die Frau heute so oft in unerhörter Weise in das Berufsleben eingezwängt. Sie hat dazu in ungeheurer vielen Fällen neben der Berufsarbeit noch ihre häuslichen Aufgaben zu erledigen. Bei folchem Raubbau an der weiblichen Gesundheit sind frühes Altern und Krankheiten unausweichlich. Durch solche Ueberlastung ist, wie Rubner schreibt, sogar bei jungen weiblichen Personen der Verlust eines gesunden, blühenden, jugendlichen Aussehens festzustellen.

Um das Kind.

Von Friedrich Karl Kellermann.

(Nachdruck verboten.)

(12. Fortsetzung.)

XXIV.

Endlich war auch diese schwere Pflicht vollbracht, das Begräbnis vorüber, das unter großer Beteiligung mit Pomp und Feierlichkeit über das gewohnte Maß hinaus veranstaltet wurde.

Auch die Verwandten von Loos behandelten sie schonend und rücksichtsvoll; die anfängliche kühle Zurückhaltung machte einer freundlichen Gefinnung Platz, man näherte sich ihr mit Wärme und Reue.

Und Alina, soweit ihr Wesen es zuließ, begegnete Nella mit Herzlichkeit. Sie hatte von den Vorgängen der letzten Zeit geschwiegen, den Willen des Bruders geachtet, der nicht wünschte, daß die Eltern von diesen Dingen erführen.

Der Besuch blieb länger, als Nella eigentlich lieb war, denn sie schreie sich nach Ruhe und Einsamkeit und Besinnung.

So ging es von einem Tage zum andern. Sie fand den Willen, die Kraft nicht zum Handeln, sie vergaß jede Gelegenheit. Sie lebte unter einem seelischen Druck, der jede freie Regung ersticke.

Diese Unruhe und Erregung, zum Teil zwar aus ihrem körperlichen Zustand, der großen Schonungsbedürftigkeit, erklärbar, einer Schwäche, die sich zeitweilig bis zur Apathie steigerte, war in nicht geringem Maße auf den starken Einfluß zurückzuführen.

Nach der Abreise des alten Herrn wurde ihre Beziehung zu Frau von Loos nur noch enger. Sie folgte in allem ihrem Rath, beachtete aufmerksam ihre Wünsche und Anordnungen.

Manchmal schraf sie aus diesem behaglichen Zustand empor, dann frante sie sich bestürzt, wohin dieser Weg führe, was aus ihr und dem Kinde werden sollte.

Die mahrenden, fordernden Blicke Eids beantwortete sie lässig und ausweichend; sie hat ihn um Muth und Schonung und Verzeihung ihm auf's Häufigste. Auch hier fand sie nicht den Muth zu klaren feilen Entschlüssen.

Sie mußte es ertragen, das Eid ihr Unbeständigkeit und Wandelmut, Unkehr und Sinneswandel vorwärts — es war so: sie konnte weder ja noch nein sagen.

Obwohl sie nicht an die Dauer dieses Zustandes dachte, während dieser bestimmten Zeit, konnte sie nicht so bald, später würde sie sich anders entscheiden und ihre Kräfte wieder erlangen.

Obwohl sie nicht länger, und aufs tiefste enttäuscht, wandte er sich verbittert ab.

XXV.

Zu derselben Zeit, als Nella einen kräftigen, schönen Knaben zur Welt brachte, hatte das wissenschaftliche Werk, an dem sie so hervorragend beteiligt war, in der Öffentlichkeit schon seine Wirkung gethan und ungetheilte Anerkennung gewonnen.

Das Glück in der Familie von Loos war groß. Es gab Geschenke und Ehren für Nella, zuviel fast für ihren bescheidenen Sinn.

Obwohl sie inständig darum bat, die Taufe nur im kleinsten Kreise zu begehen, wurde die Veranstaltung doch einen größeren Umfang an. Es wurde ein fest jubelnder Freude, troh der Schatten der Trauer, die die glückliche Stimmung vielleicht etwas dämpfen, aber nicht beeinträchtigen konnten.

Nella schweig, ließ sich feiern und empfand ein seltsames Glück. Alle Umrufe war von ihr gewichen, kein quälender Gedanke bedrückte sie, sie wußte von keiner Treulosigkeit, keiner Gaffe.

Die alten von Loos lächelten glücklich, wenn die Freunde eine Neugierigkeit des Säuglings mit dem toten Vater bemerkten. Alina schweig. Nur das alte Fräulein aus Holland war überzeugt, daß der Knabe das Ebenbild der Mutter sei.

Von allen Verwandten zeigte sich Fräulein Jakobina von Loos der glücklichsten Mutter am meisten zugetan. Schon bei der Hochzeit hatte sie eine herzliche Zuneigung zu Nella gefaßt, deren zurückhaltendes, etwas verschlossenes Wesen ihrer eigenen fargen Natur entsprach.

Fräulein Jakobina war sechzig Jahre alt, von keiner zierlicher Gestalt, körperlich etwas verkümmert, sehr mager, hatte ein winziges, verkniffenes Gesicht mit spitzer Nase und langem Rinn, noch ziemlich volles Haar von unbestimmter graublauer Farbe und unter einer schmalen Stirn zwei große, gutmüthig blinkende graue Augen.

Hella nahm die Einladung dankbar gerührt an, sie dachte dabei weniger an sich selbst, als an das Gedeihen, an die Zukunft ihres Kindes.

Der Winter verging in Ruhe und Gleichförmigkeit ein Tag wie der andere. Nella widmete sich fast ausschließlich der Pflege

des Kindes, sie nährte es selbst und erschöpfte sich in zärtlicher Sorgfalt. Zu wissenschaftlicher Arbeit, woran sie vorübergehend unter dem Einbruch der starken Wirkung ihres Werkes gedacht, kam sie nicht, sie vermochte kaum den Briefwechsel zu bewältigen, der durch Kritiken und Zuschriften aus dem In- und Auslande veranlaßt war.

Die alte Frau von Loos war bald nach Neujahr abgereist. Alina blieb wieder Hella's einzige Gefährtin und treue Helferin im Hause. Das Verhältnis der beiden Frauen zueinander nahm allmählich die Formen an, wie sie früher zu Lebzeiten des Professors bestanden hatten, nur inniger belebt durch das Kind, das auch Alina mit großer Liebe betreute.

Nun kam der Frühling, die Zeit, die für Hella einen Schicksal von Erinnerungen umschloß. Diese Wochen, die sich aus vielen Gedanktagen zusammensetzten, die Zeit um Ostern. Sie gedachte der häufigen Fahrten nach Berlin, ihres traulich-ver-schwiegeneu Nestes bei Carl Eids, nach Stunden ihres heimlichen Liebesglücks.

Wie fern er schien ihr das alles jetzt, wie weit, wie vergangen! Unfaßbar, daß erst ein Jahr verlossen war seitdem, so vieles lag dazwischen. Eine Welt trennte das Heute von Einst.

Sie kann und träumte, gab sich erinnerungslosig ihren Stimmungen hin, ungerührt lebte der Liebesfrühling in ihrem Gedächtnis — aber sie empfand keine Sehnsucht nach seiner Wiederkehr. Ihre tiefsten, innigsten Wünsche waren erfüllt: sie hatte ihr Kind, Sie fühlte sich in ihrem Menschsein vollendet, ihr war Blüte geworden und Frucht, die große, halbe Gnade.

So überdachte sie ruhig ihr Leben, das einen köstlichen Inhalt barg. Wie ein weites, sonniges Land lag die Zukunft vor ihr, in dem das Kind aufwuchs und spielte, zu einem blühenden Menschen gedieh. Sie selbst trat darin zurück, das Kind war der Mittelpunkt ihrer Welt. Es war kein Verzicht, kein Ent-sagen in diesem Gefühl, ihr ganzes Sein hatte Erfüllung gefunden.

Und sie gedachte, ebenso beruhigt, Carl Eids. Es war freilich anders gekommen, als sie damals beschlossen hatten, das Schicksal hatte ihre Absichten durchkreuzt. Man mußte sich seinem Spruch fügen, unwillkürlich.

Sie wußte, daß er ihr sürnte, daß er sie gar verachtete. Er hatte ihr seitdem nicht geschrieben, nie etwas von sich hören lassen. Sie trug den großen Vorwurf, der in diesem Verhalten lag, mit stiller Resignation. Vielleicht würde seine Meinung über sie, einst günstiger sein, wenn er erfährte, daß sie ihm Treue hielt, ehrlich, ohne Anfechtung, unwandelbar. Kein anderer Mann würde sie auf ihrem Wege heiraten.

Möglich, daß auch er inzwischen zu einer besseren Einsicht gelangt war, was ihnen allen zum Guten dienete. Er stand im Schatten und Wirken einer verantwortungreichen Stellung, lebte ganz seinen Aufgaben im Reichthum, wo seine Partei ihn bereits in die erste Reihe der Redner stellte. Er würde in dieser Tätigkeit keine volle Befriedigung finden, den Inhalt seines Lebens.

Von Eids wahren Absichten ahnte sie nichts. (Fortsetzung folgt.)

Weihnachtslegende.

Von Walter G. Dschilewski.

Vom Libanon sprang der Abend in den vorüberstürzenden Tag, Die Zedern klangen wie Harfen, und in den Wolken lag

Eine weiße Taube, die der Hand des Bergs entflohen Und dann an einem süßen Delblatt lag.

Aus Judäa kam Jesus an das Galliläische Meer, Petrus und Andreas fischten, die Bäume blühten sehr,

Voll, das aus den Dörfern und Städten kam, folgte ihm nach, Auch die Tochter Zion, Jerusalem, und Jesus sprach:

„Ich will euch wieder lehren, was feurig ist und weit, Was euch nicht knechtet, nicht verfolgt, was euch befreit!“

Doch schliefet die Gärten und Tempel allhier im Land, Gott, nur ein Mensch unter Menschen, braucht keine Wand,

Hinter der die Händler noch den Speichel vergeblich, O Tochter des Weizens, Kinder Israels im Lande der Reben:

Wein Wort, das durch das Fleisch wie Wein und Brot gegangen, Sei euch der Ruf, danach die Armen langen:

Eine Fadel, ein Gewitter, das aus Städten und Wäldern loht; Signal zu den Herzen der Brüder, eine heilige Fahne in Noth!

Natur.

Natur! Wir sind von ihr umgeben und umschlungen — un-berührt, aus ihr herauszutreten, und unermüdet, tiefer in sie zu sinken. Angewendet und ungewarnt nimmt sie uns in den Ar-Beim ihres Kosmos auf und treibt sich mit uns fort, bis wir ermüdet sind und ihrem Arme entsinken.

Sie schafft ewig neue Gestalten; was da ist, was noch nie; was da kommt nicht wieder; alles ist neu und doch immer das Alte.

Es ist ein ewiges Leben. Werden und Vergehen in ihr, und doch ruht sie nicht weiter. Sie verwandelt sich ewig und ist kein Moment Stillstehen in ihr. Kurz Weiben hat sie keinen Begriff, und ihren Ruch hat sie aus Stillstehen gehängt. Sie ist fest. Ihr Tritt ist gemessen, ihre Ausnahmen selten, ihre Gesehe unwandelbar.

Auch das Unnatürliche ist Natur; auch die plumpste Philisterei hat etwas von ihrem Genie. Wer sie nicht allent-halbem sieht, sieht sie nirgendwo recht.

Ihr Schauspiel ist immer neu, weil sie immer neue Zuschauer schafft. Leben ist ihre schönste Erfindung, und der Tod ist ihr Kunststück, viel Leben zu haben.

Sie hält den Menschen in Dummheit ein und spornt ihn ewig zum Tode. Sie macht ihn abhängig von Erde, trag und schwer und schüttelt sie immer wieder auf.

Gibt sie ein mehr, so ist's ein neuer Quell der Lust; aber sie kommt bald ins Gleichgewicht.

Man gehorcht ihren Geheßen, auch wenn man ihnen wider-strebt; man wirkt mit ihr, auch wenn man gegen sie wirken will.

Sie macht alles, was sie gibt, zur Wohltat; denn sie macht es erst unentbehrlich. Sie säumet, daß man sie verlange; sie eilet, daß man sie nicht satt werde.

Sie hat keine Sprache noch Rede; aber sie schafft Rungen und Herzen durch die sie lüßt und spricht.

Ihre Krone ist die Liebe. Nur durch sie kommt man ihr nahe. Sie macht Klüfte zwischen allen Wesen, und alles will sich verschlingen. Sie hat alles isoliert, um alles zusammenzuwickeln. Durch ein paar Binge aus dem Becher der Liebe hält sie für ein Leben voll Mühe schadlos. G o e t t e.

Australien — Urheimat des Menschen?

Langen war das Pamirplateau beliebter Standort des Para-dieses. Dann wanderten die Vorgeschichtler nach Indien, andere gingen nach Tibet, wieder andere lassen die Menschen auch in China entstehen. Dazu tritt in neuerer Zeit, angesichts der gänzlichen Unsicherheit unserer wirklichen Wissenschaft über diese Frage, die Hypothese: Australien ist unsere Urheimat. Dieser älteste Kontinent war in Urzeiten, als die anderen Schollen noch nicht aus den Urmeeren gestiegen waren, alleiniger Schauplatz des Lebens auf unserer Erde. Vielleicht war Australien mit dem heutigen Südpolark — damals noch nicht solares Gebiet — ver-bunden. Jedenfalls aber gab es eine Uebergangszeit, in der Australien durch „Brücken“ nach Norden zu streckte. Auf diesen Brücken fanden Wanderungen statt, vielleicht mehrere in langen Zwischenräumen und demgemäß mit Menschen von sehr ver-schieden hoher Stufe der Entwicklung: schwarze, gelbe, weiße Menschen. Dann kamen neue geologische Zeiten, Australien wurde abgetrennt und behielt nur die Nachkommen der im Land verbliebenen untersten Schichten seiner Urbewohner.

Diese Annahme ist natürlich nur eine ganz unsichere Meinung; Funde von urzeitlichen Weisen oder ganzen Menschen sind bisher nicht gemacht worden. Die Frage, wie die einzelnen menschlichen Rassen und ob sie überhaupt zusammenhängen, bleibt ungelöst. Angesichts der weitgehenden Ueblichkeit der Rassen, zoologisch gesehen, ist die Annahme einer gemeinsamen Ab-stammung freilich naheliegend.

Boger und Schnellläufer.

In Frankfurt am Main muß ein Herr seinen Platz im Wartesaal II. Klasse notgedrungen einen Augenblick verlassen und bestet an seinen Reizmantel einen Zettel mit folgender Auf-schrift: „Bin Ainaländer. Sieger von 13 Kreisringen; stemme mit einer Wank 280 Pfund. Worne jeden, — ich an meinem Ge-päck zu verabschieden. Komme gleich zurück.“ Als er zurückkam, war Gepäck und Reizmantel verschwunden. Dafür hing am Garderobenstange ein anderer Zettel mit der Aufschrift: „Bin Schnellläufer. Sieger in 13 Kreisringen. Mitfordstellung 7 Wei-len in der Stunde. Komme nicht mehr zurück. Schulze.“

Würden Sie?

„Unabhängig Fräulein“, sagt der junge, freche Klavierlehrer, „wean ich Ihnen jetzt einen Rub gebe, würden Sie dann Ihre Eltern rufen?“ — „Wieso, wollen Sie denn die ganze Familie luffen?“